

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 44, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, letzter Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28.

Montag, den 3. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Blutopfer der Arbeit an das Kapital.

he. An der Hand der amtlichen Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften, die wir teilweise, soweit Zusammenlegung, Umfang und Geschäftstätigkeit dieser Einrichtung in Betracht kommen, in einem Artikel berücksichtigt haben, wenden wir uns zu den Unfällen selbst. Ein trauriges Kapitel, dessen statistisches Material einigermaßen die ungeheuren Summen von Opfern an Leben und Gesundheit und Familienglück ermessen läßt, welche die Arbeiterklasse beständig dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu bringen hat.

Die Zahl der lärmlichen im Jahre 1906 überhaupt zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 645 583 gegen 609 160 im Jahre zuvor, also 36 423 mehr. Auf Genauigkeit kann diese Zahl, wie in den amtlichen Vorbemerkungen zu den Tabellen offen zugegeben wird, leider keinen Anspruch machen. Die Mitteilung aller Unfälle, welche den Tod oder eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge haben, an ein Genossenschaftsorgan ist zwar gesetzlich vorgeschrieben. Trotzdem gelangt ein Teil dieser Unfälle nicht zur Anmeldung, so daß „die angegebenen Gesamtzahlen der Unfälle im allgemeinen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.“ „Es ist das ein schwerer Mißstand, dessen Abstellung wir schon früher einmal energisch verlangt haben. Das Reichsversicherungsamt sagt nichts über seine Ursache und tadelt ihn auch nicht ausdrücklich; es scheint anzunehmen, daß er ein „unvermeidbarer“ und bestiftet sich damit, daß es als maßgebend für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit die nachgewiesene Zahl der entrichteten Unfälle in Betracht zieht, und zwar solcher, für die zum ersten Male Entschädigungen gezahlt wurden.

Die Zahl dieser Unfälle \*) belief sich im Jahre 1906 auf 139 726 (141 121), und zwar: für den Bereich der Berufsgenossenschaften auf 133 114 (134 695); für den Bereich der Ausführungsbehörden auf 5169 (5092), für den Bereich der Versicherungsanstalten auf 1443 (1334). Von der hier in Rede stehenden Gesamtzahl entfallen auf Unfälle mit tödlichem Ausgange 9141 (8928), auf Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit 1463 (1487).

Für die Zeit des zwanzigjährigen Bestehens der Unfallversicherung, von 1886 bis 1906 inkl., beläuft sich die Zahl der Verletzten, für welche erstmalig Entschädigungen festgesetzt wurden, auf 1 662 098. Von diesen Verletzten erlitten den Tod 141 049; dauernde völlige Erwerbslosigkeit 34 403; dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit 832 087; vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 681 259. Die Zahl der Verletzten und Entschädigten Personen, verglichen mit der der Versicherten, auf 1000 berechnet, stieg seit 1886 von 2,83 auf 7,00.

Das sind furchtbare Zahlen. Rechnet man die Verletzten hinzu, für die keine Entschädigung gezahlt worden ist, die mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit lediglich den Krankenkassen zur Last gefallen sind, so erhält man die Zahl von mindestens drei Millionen durch Unfall verletzter Personen. Welche Unsummen von Leid, Unglück und Elend bergen diese Zahlen! Die in den zwanzig Jahren im Dienste des Kapitalismus zu Tode gekommenen 141 049 Arbeiter hinterließen nahezu 100 000 Witwen und etwa 180 000 Kinder, Enkel und Verwandte aufsteigender Linie, die für die Entschädigung in Betracht kamen.

Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, welche im Rechnungsjahre 1906 die Rente erhalten haben, beträgt 19 151 (19 086), darunter 6174 Witwen, 12 646 Kinder und Enkel, 331 Verwandte aufsteigender Linie.

In den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 8 625 500 versicherten Personen und 7 512 728 Vollarbeitern betrug die Zahl der Verletzten, für welche im Rechnungsjahre 1906 Entschädigungen in Höhe von zusammen 97 951 059 gezahlt worden sind, 477 463, davon Bestand aus den Vorjahren 406 206 und im Rechnungsjahre neu hinzugekommene Fälle 71 227.

Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Zahl der entschädigten Verletzten mit 400 831 angegeben, davon Bestand aus den Vorjahren 338 944 und 61 887 neu hinzugekommene Fälle.

Die in den Tabellen auf das Tausend der Verletzten ausgeführten Berechnungen bilden zu Vergleichen über die \*) Die entsprechenden Zahlen aus dem vorausgegangenen Rechnungsjahre 1905 sind in Klammern beigefügt.

Gefährlichkeit der Betriebe der Berufsgenossenschaften untereinander nur einen ungefähren Anhalt, da einerseits die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit, während welcher die versicherten Personen einer Gefährdung ausgesetzt sind, in der Berufsgenossenschaft nicht gleich ist, und andererseits auch die Altersgruppierung der Versicherten, welche auf die relative Unfallziffer gleichfalls von wesentlichem Einfluß sein dürfte, verschieden ist. Die amtliche Nachweisung hat nur den Einfluß der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit auf die Unfallziffer berücksichtigt.

Die höchste Betriebsgefährlichkeit weist die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft auf, 194 83 Verletzte auf 1000 versicherte Personen. Ihr folgen: die Knappschachts-Berufsgenossenschaft mit 127,52; die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft mit 113,75; die Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 104,13; die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 100,36. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften schwankt die Verhältniszahl zwischen 38,38 (Hannoversche Baugewerks-Berufsgenossenschaft) und 77,35 (Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft). Die niedrigste Verhältniszahl hat die Tabak-Berufsgenossenschaft mit 4,18 auf 1000 Personen.

Von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften steht in der Unfallhäufigkeit die Ostpreussische mit 23,35 auf 1000 versicherte Personen obenan, während die Lippeische mit 7,08 die unterste Stufe bildet.

Jugendliche Versicherte (unter 16 Jahren) wurden von entschädigten Unfällen im Jahre 1906 betroffen bei gewerblichen Berufsgenossenschaften 2274 männliche und 296 weibliche, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossen 1802 männliche und 697 weibliche. Die Zahl der verletzten Jugendlichen bei letzteren Berufsgenossenschaften überwiegt relativ die bei den gewerblichen erheblich. Diese zählten im Rechnungsjahr 31 227, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 61 887 erstmalig entschädigte Verletzte.

Todesfälle als Folge der Verletzungen ereigneten sich am meisten bei der Knappschachts-Berufsgenossenschaft 1214. In weitem Abstände kommen dann: Steinbruchs-Berufsgenossenschaft 306; Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft 256; Lagerei-Berufsgenossenschaft 229; Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft 201 usw. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften stehen die Zahlen der Todesfälle zwischen 177 (Nordöstliche) und 22 (Thüringische). Die niedrigste Zahl, 5, verzeichnet die Tabak-Berufsgenossenschaft.

Der landwirtschaftliche Betrieb brachte insgesamt 2872 Tote.

Auf 1000 versicherte Personen berechnet, entfiel die höchste Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle auf den Bergbau, 15,70 (tot 1,76). Es folgen: Lagerei und Fuhrwesen 14,89 (tot 1,26); Binnenschiffahrt 12,82 (tot 2,64); Holzindustrie 12,01 (tot 0,43); Eisen- und Stahlindustrie 10,77 (tot 0,58); Bauwesen 7,69 (tot 0,68); Seeschiffahrt 6,17 (tot 1,28) usw.

Von den Betriebsrichtungen und Vorgängen, bei welchen sich die Unfälle im Rechnungsjahr ereigneten, stehen obenan die Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen. Auf sie kommen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 14 997, bei den landwirtschaftlichen 4719 Verletzte. Durch Zusammenbruch, Einsturz zc. wurden verletzt 11 317; durch Fall von Leitern, Treppen zc. 1117; durch Auf- und Abbladen von Hand, Heben, Tragen 9727; durch Handwerkszeug und Geräte 5101; durch Fuhrwerk zc. 4781; durch Eisenbahnbetrieb 3388; durch Hebe- und Fördermaschinen (Fahrstühle, Aufzüge, Winden, Krane zc.) 2838; durch feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe 2300; durch Tiere (Stoß, Schlag, Biß zc.) 1261; Schiffahrt 591; Sprengstoffe 475; Dampfkegel und Dampfapparate 196; sonstige 3138.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ereigneten sich 17 230 Unfälle durch Fall von Leitern zc.; 10 901 durch Fuhrwerk; 9274 durch Tiere; 5617 durch Auf- und Abbladen; 5052 durch Handwerkszeug und Geräte; 4719 durch Motoren zc.; 844 durch Sprengstoffe usw.

Es ist daraus zu ersehen, daß der landwirtschaftliche Betrieb nicht minder schwere Gefahren hat, wie der gewerbliche.

Die Nachweisung der Zahl der Unfälle und ihre Ursachen läßt erkennen, daß die Unfallverhütungs-

Praxis noch in erheblichem Maße rückständig ist. Alle Erfahrung, ein unbelasteter Blick in das Produktionsgetriebe, lehrt, daß weitaus die meisten Unfälle auf ein rückfallloses Ausbeutungssystem zurückzuführen sind. Die Unfallverhütung wird vielfach gräßlich vernachlässigt. Bei der Masse des Unternehmertums fehlt es an der nötigen Gewissenhaftigkeit. Die Betriebsaufsicht ist eine mangelhafte und unzureichende, wie insbesondere ja auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten erkennen lassen. Was die Berufsgenossenschaften an Betriebsüberwachung leisten, ist kaum der Rede wert. In diese Arbeit teilen sich bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 281 technische Aufsichtsbeamte. Bei 659 935 Betrieben! Diese Berufsgenossenschaften verwenden auf die Betriebsüberwachung im Rechnungsjahr 1906 zusammen 1 300 065 Mk.

Abgesehen davon, es ja nicht nur die technischen Verfehlungen im Punkt der Unfallverhütung, die in Betracht kommen. Nicht minder als diese sind es die schweren Versündigungen des Kapitalismus an der Arbeitskraft, das maßlose Antreiben zur Arbeit durch Akkord- und Pensumsleistungssysteme, die Überstundenarbeit zc., die für die Unfallzahlen mit verantwortlich zu machen sind. Darüber freilich, möchte das Unternehmertum hinwegtäuschen, indem es die ungerechte und gefährliche Behauptung aufstellt, daß am größten Teile der Unfälle „die Arbeiter selbst die Schuld tragen“ durch Leichtsinns, Frivolität zc.

Es fehlt noch sehr viel, bis die Unfallversicherung verbunden mit einer guten und ausreichenden Unfallverhütungspraxis das ist, was sie als sozialpolitische Einrichtung im Interesse der Arbeiterklasse sein soll und muß.

Wenn man die Arbeiter tendenziös verweist auf die „Segnungen“ der Unfallversicherung, auf die „schweren Lasten“, die das Unternehmertum für diese Einrichtung zu tragen hat, auf die „nach vielen Millionen zählenden Entschädigungssummen“, die den Verletzten zu zahlen sind — dann können die Arbeiter hinweisen auf die ungeheuren Opfer an Leben, Gesundheit, Wohlfahrt und Familienglück, die sie beständig dem Kapitalismus bringen müssen. Diese Opfer wiegen unendlich viel schwerer, als die relativ geringen Geldopfer, zu denen das Unternehmertum gesetzlich verpflichtet ist — Geldopfer, die noch dazu auch aus dem Arbeitsertrag der Arbeiter geleistet werden!

## Der König und der Kronprinz von Portugal ermordet.

Die traurigen Zustände in Portugal haben jetzt zur Explosion geführt: Am Sonnabend nachmittag ist der König und der Kronprinz ermordet worden. Über das Attentat liegen folgende Meldungen vor: König Carlos und der Thronfolger wurden nach der Rückkehr aus Villa Vicosa von einer Gruppe Bewaffneter erschossen. Der Infant Manuel wurde leicht verwundet. Die Königin blieb unverletzt.

Am Sonnabend nach fünf Uhr nachmittags traf der König mit Familie aus Villa Vicosa in Lissabon ein. In dem Augenblick, wo der offene Wagen aus der Praça do Commercio in die Arsenalstraße einbog, schoß eine Anzahl mit Karabinern bewaffneter Leute auf den König und den Kronprinzen, die sterbend in das Marinearsenal geschafft wurden, wo sie bald verstarben. Die Polizei tobete auf dem Plage drei der Mörder, deren Leichname nach dem Rathaus gebracht wurden. Das Königspaar, der Thronfolger und Infant Manuel waren in demselben Wagen. Als Schüsse fielen, erhob sich die Königin, um den Kronprinzen zu decken. Der König wurde von drei Schüssen getroffen. Infant Manuel wurde leicht verletzt, die Königin blieb unverletzt. Die Leichen des Königs und des Kronprinzen wurden in zwei geschlossenen Landauern um 9 Uhr abends nach dem Palais Necessidades geschafft, von Munizipalkavallerie eskortiert.

Die Krone ist auf den 19jährigen Infanten Manuel übergegangen.

Ministerpräsident Franco, der in einem Wagen der königlichen Equipage folgte, war, als die Katastrophe vorüber war, verwundet; er scheint sich eilig in

seinen Palast begeben zu haben. Die Attentäter begingen teils Selbstmord, teils wurden sie von hinzugesprungenen Volkshelden erschossen. Über die Stadt Lissabon ist der Belagerungszustand verhängt. Die wichtigsten öffentlichen Gebäude sind militärisch besetzt und alle Theater geschlossen. Öffentliche Aufführungen dürfen in den nächsten acht Tagen nicht stattfinden.

Die Minister traten gestern vormittag zu einer Beratung zusammen. Zahlreiche militärische Vorschriften sind getroffen worden. In den Forts und Gefängnissen wird eine große Anzahl Personen in Haft gehalten. Es werden fortgesetzt neue Verhaftungen vorgenommen. Es wurden noch mehrere Bomben und Waffen gefunden. Mehrere Militärpersonen sollen am Komplott beteiligt sein. Es heißt, daß der frühere Minister Alpoim in seiner Wohnung überwacht wird und sein Ehrenwort gegeben hat, diese nicht zu verlassen. Surtado, ein ehemaliger Marineoffizier, ein Deputierter und mehrere Führer der Republikaner wurden verhaftet.

Soweit die bis jetzt vorliegenden wesentlichsten Meldungen, wir brauchen wohl nicht erst besonders hervorzuheben, daß wir das Attentat nicht billigen. Verstehen können wir dasselbe allerdings. Das Attentat ist eine Folge des unerhörten Druckes, der unerhörten Gewaltakte, die von dem Diktator Franco — zweifellos mit Wissen und Willen des Königs — ausgeübt worden sind. Noch am Tage vor dem Attentat ist ein brutaler Gewaltakt ausgeübt worden. Am Sonnabend früh veröffentlichte das Amtsblatt ein bereits angekündigtes Dekret über die Ausweisung verdächtiger Personen oder ihre Deportation in die Kolonien! Das Dekret schafft die parlamentarische Immunität ab! — Das Dekret wird auch auf die Verbrechen angewendet, die seit dem 21. November 1907 begangen worden sind!

Diese Schurkerei ist ohne Frage mit der Anlaß zu dem Attentat gewesen!

Wird der neue König, werden die herrschenden Gewalten Portugals aus dem Attentat die richtige Lehre ziehen? Werden sie erkennen, daß Druck immer Gegenbruch erzeugt? Wir glauben es kaum.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Reichstag.

erledigte am Sonnabend fast debattelos ein paar Rechnungssachen und Nachtragssetats und nahm darauf die namentliche Abstimmung über jene Resolution nebst Zusatzantrag vor, die das Hauptobjekt der Debatte am Freitag gebildet hat. Die Resolution selbst wurde gegen Junker und Sunkengeoffen der Rechten angenommen; unter Antrag aber, durch den die Resolution erst wirksam gestaltet werden wäre, wurde abgelehnt, da der Freisinn sich mit seinen Blockbrüdern vereinigte, um dagegen zu stimmen.

Alsdann wurde fortgefahren in der Beratung des Etats des Reichseisenbahnamtes. Die genannte Behörde könnte eine sehr erprobliche Tätigkeit entfalten, wenn sie von ihren reichsverfassungsmäßigen Befugnissen wirklich Gebrauch machen wollte. Sie denkt aber nicht daran und beschränkt sich auf die Rolle eines einflusslosen Begutachteters. Die berechneten Klagen, die die Genossen Stelle, Ulrich, Hue über die negative Sozialpolitik bei den Eisenbahnen, über den skandalösen Wagenmangel und die schrecklichen „Mausefallen“ der Bahnhöfe vorbrachten, erhielten auch von freisinniger Seite durch die Abgg. Carlens, Neumann-Hofer usw. Bestätigung. Im Sinne der Brandenburgerischen Landwirtschaftskammer zitierte Junker Rogalla v. Sieberstein über die „hohen“ Arbeiterlöhne bei den Eisenbahnen, deren erschreckende Niedrigkeit eben erst sein Blockbruder Carlens dargelegt hatte. Die Thüringischen Redner zeigten wieder partikuläristisch zwar, aber begreiflich über Bruder Preuß unversöhnlichen Egoismus. — Nach Erledigung dieses Etats wurde ein Schock Petitionen im Ramsch erledigt. Alle Petitionen, bei denen es etwa Debatten hätte geben können, wurden im Interesse des frühen Schalterchlusses von der Tagesordnung abgesetzt. — Am Montag wird mit der Beratung des Militäretats begonnen.

#### Zanferdreißigkeit!

Ein Edelster und Bester, ein Nutznießer des seines gleichzeitigen plutokratischen und agrarischen Charakters wegen doppelt amüßigen Dreiklassenwahlgesetzes, ein Herr v. Jagwitz, zieht aus den Straßendemonstrationen des Proletariats den Schluß, daß das Reichsvereinsgesetz noch mehr verwickelt werden müsse. Bei den jüngsten Straßenkrawallen (!) hätten „haidwässige unsterile Burden einen Hauptbestandteil der Exzedenzen“ gebildet. Dienen sei die geforderte Wahlrechtsreform an und ihr sich völlig gleichgültig verweisen, sie hätten lediglich am „Schreien und Johlen“ Geschmack gefunden. Und deshalb, weil der — nur in der Scharfmaacherphantasie des Junkers v. Jagwitz existierende — „Hauptbestandteil“ von „unsterilen Burden“ mit den Wahlrechtsdemonstrationen gar nichts zu tun hatte, soll — gemäß einem konterpoitiden Antrag — das Reichsvereinsgesetz die Altersgrenze an der Teilnahme von Verjüngungen auf 20 Jahre erhöhen!

Hi auch die zanckerliche Logik noch so schwach — die zanckerliche Dreißigkeit ist um so stärker!

#### Die Unterwerfung?

Wie wir der „Allg. Ztg.“ entnehmen, hat das Präsidium des Bayerischen Landesverbandes des Deutschen Studentenvereins an die Kreisverbände eine Mitteilung ge-

richtet, daß die auf den 2. Februar angelegte Delegiertenversammlung auf unbestimmte Zeit verschoben werde. Die Hauptforderung der Bayern, der Rücktritt des Präsidiums, sei in Kassel erreicht worden, und die Bahn sei frei für eine gemäßigte Richtung im Deutschen Studentenverein. Im übrigen aber seien die Zustände so wenig geklärt, daß man den Ereignissen gegenwärtig nicht vorgreifen solle. Sollten die Kreisverbände mit dem Plan der Verschiebung der Delegiertenversammlung einverstanden sein, so will der Bayerische Studentenverein an alle Ortsgruppen die Mahnung richten, treu am Vereine festzuhalten, eine eifrige Tätigkeit im Sinne der vom Verbande jederzeit hochgehaltenen Vereinsziele zu entwickeln und seine Übereinstimmung mit den jetzigen interimsistischen Leitern des Studentenvereins auszusprechen, die ihre Aufgabe als eine Friedensmission aufzufassen. Alle bis auf zwei Kreisverbände haben dieser Absicht schon zugestimmt.

Die „Neue Freie Presse“ weiß es besser. Wie ihr von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Vertagung erfolgt, damit nicht durch eine Auseinandersetzung der angeblich friedlichen Ausgleich mit dem gesamten Verein gefährdet werde.

Das ist ein tägliches Ende. Den großen Worten von Kassel sind die Taten nicht gefolgt. Keim hat als Sieger das Schlachtfeld verlassen.

#### „Möglichste“ Gleichheit.

Der „Reichsverband der Vereine der national-liberalen Jugend“ erläßt die nachstehende Erklärung:

Nachdem durch Beschluß des Zentralvorstandes der Partei eine Kommission zur Beratung der preußischen Wahlrechtsfrage eingesetzt ist, erwarten wir von unsern preußischen Vereinen, daß sie die Reform des Wahlrechts in Preußen zum Gegenstand ihrer Erörterungen machen und in eine rege Agitation zur Abänderung des bestehenden Wahlrechts eintreten. Wir empfehlen, neben einer neuen gerechteren Wahlkreiseinteilung die Einführung des direkten, geheimen und eines möglichst gleichen Wahlrechts zu verlangen. Aus dem Eintreten für diese Forderungen muß die preußische Regierung erkennen, daß das veraltete, jetzt noch bestehende Wahlrecht einen großen Teil des Volkes entzweit und daß ferner eine schnelle Erledigung des preußischen Wahlrechts notwendig ist.

Die nationalliberalen Fraktionen des Reichstages wie des Landtages sind aber entschiedene Anhänger eines möglichst ungleichen Pluralwahlrechts!

#### Die Kommission für das Vereins- und Versammlungsrecht

folll sich einer Berliner Depesche zufolge Sonnabend dahin einigt haben, im Plenum von allen Debatten abzusehen und den Entwurf nach der gründlichen Kommissionsberatung im Plenum en bloc anzunehmen. Es scheint, als ob man die Sozialdemokraten mundtot machen will. Die Kommission sorgt übrigens für eine noch sehr ferne Zukunft. Sie hat bis jetzt gerade einen Paragraphen erledigt. Es ist nicht unmöglich, daß der Entwurf überhaupt nicht wieder ans Plenum gelangt, sondern schon vorher im Orkus verwindet.

#### „Nunmehr baldigt“.

Wie die „Bos. Ztg.“ hört, beabsichtigt die Reichsverwaltung, die schon seit längerer Zeit sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, die Haftung der Automobilführer für die durch ihre Fahrzeuge verursachten persönlichen und sachlichen Schäden erheblich zu verschärfen, zu diesem Zwecke nunmehr baldigt mit einer reichsgesetzlichen Ordnung vorzugehen.

Abwarten, wann und wie sich das „nunmehr baldigt“ erfüllt.

#### Ostafrika.

Zu der Ermordung des Sanitätsunteroffiziers Brückner in Ostafrika wird vom Gouvernament in Dar-es-Salaam gemeldet: Die Hauptverhandlung gegen die Mörder fand am 27. Dezember statt. Der Haupttäter Masumbi und vier seiner Genossen wurden wegen Mord zum Tode, die weiteren Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Das Todesurteil gegen Masumbi und zwei seiner Genossen fand die Bestätigung des stellvertretenden Gouverneurs, die beiden anderen Todesurteile wurden in Kettenhaft umgewandelt. Die Verhandlung ergab einwandfrei, daß Brückner von den Eingeborenen aus Angst vor einer Anzeigebewehrung wegen unbefugter Jagdausübung erschossen worden ist.

#### Ein Urlaub des Kriegsministers.

der sich auf längere Zeit erstrecken soll wird offiziös angekündigt. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt:

Der Kriegsminister, der sich seit seiner Erkrankung im November v. J. nicht wieder erholt und mehrfach an Rückfällen leidet, ist am 25. Januar an einem neuen heftigen Influenzafall erkrankt, der ihn ans Bett fesselt und ihn zwingt, sich von den Geschäften fernzuhalten. Auf dringendes Anraten der Ärzte wird er sobald als möglich zur Wiederherstellung der Gesundheit einen längeren Urlaub nach dem Süden antreten.

Von einer anderen Seite, die zuweilen offiziöser Hilfsdienste gewürdigt wird, beeilt man sich, zu bestreiten, daß dieser Urlaub als Vorläufer des Rücktritts des Herrn von Einem betrachtet werden könne; es sei „an maßgebenden Stellen im Gegenteil der lebhafteste Wunsch vorhanden, Herrn v. Einem dem Dienste für das Vaterland zu erhalten.“ Dieser Überreiter ist angesichts der Tatsache, daß noch kein Mensch vom Rücktritt des derzeitigen Kriegsministers gesprochen hat, in hohem Grade verdächtig.

#### Klassenjustiz.

Das Vertrauen zur deutschen Strafrechtspflege ist stark zurückgegangen. Die Behauptung des Gegenteils vermag viele auch von Richtern zugegebene Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen. Neuerdings glaubt man durch möglichst schneidiges Vorgehen gegen politische Gegner, insbesondere gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei, das erschütterte Vertrauen wieder herstellen zu können. Das fehlende Vertrauen soll gewaltsam erzwungen werden. Hierfür sind

die Ausführungen, die der Herausgeber der juristischen Zeitschrift „Das Recht“, Dr. Sörgel, macht, sehr bezeichnend. Er behauptet, die breiten Massen seien durch gehässige und urteillose Zeitungsschreiber in den Glauben hineingebürgert worden, das deutsche Volk besitze die denkbar schlechtesten Gesetze und den denkbar schlechtesten Richterstand. Die Regierungen werden nach Dr. Sörgel gegen ihren Willen und gegen ihre Überzeugung gedrängt, die Rechtsprechung immer mehr in die Hände von Laien zu legen. Welche schwächlichen Regierungen! Wenn ein Sozialdemokrat behaupten würde, die Regierung handle gegen ihre Überzeugung, es ginge ihm schlecht.

Damit nicht genug, fährt Dr. Sörgel fort: „Wohin dies in Zeiten hochgehender politischer Erregung führen kann, nein, führen muß, ist jedem klar, der nur etwas mit der Psychologie der Massen, auf gut deutsch: den tierischen Instinkten erregter Volksmassen vertraut ist.“ Das Volk darf beschimpft werden, aber der Juristenjustiz darf kein Härchen gekrümmt werden. Wohin diese heldenmütige Beschimpfung zielt, geht aus dem Schlußsatz mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hervor: „Der vielgeschmähte deutsche Richter wird zum Eckstein seines Vaterlandes, zum Fels, an dem sich die schäumenden Wogen des Aufruhrs und Umsturzes brechen, zum Hort gegen Gewalt und Willkür, zur Stütze der Throne werden!“

Das ist die nackte Proklamierung der Klassenjustiz, die offene Aufforderung zur politischen Tendenzjustiz, zur Klassenjustiz.

#### Drohungen gegen Straßendemonstrationen.

Eine sozialliberale Protestversammlung von 1500 Teilnehmern in Solingen, in der Hoff-Kiel referierte, faßte eine scharfe Protestresolution gegen die Wahlrechtsverweigerung und gegen Bülow. Der Saal war polizeilich gesperrt, die Sozialdemokraten waren stark vertreten. Mehr als tausend Demonstranten zogen nach Schluß durch die Hauptstraßen und vor das Rathaus. Der Oberbürgermeister droht bei Fortdauer der Demonstrationen mit der Schließung des Gewerkschaftshauses und Verhängung der Polizeistunde. Die Drohung ruft starke Erregung hervor.

#### Argentinien.

Protest gegen den Staatsstreik. Nach einer Meldung aus Buenos Aires richteten mehrere Senatoren und Deputierte eine Flugchrift an das Volk, in der sie gegen die Verfassungswidrigkeit des Erlasses des Präsidenten vom 25. Januar, gegen den Schluß der Parlamentssession und gegen die Ausdehnung des Budgets von 1907 auf 1908 protestieren. Die Flugchriften appellieren an den Patriotismus und versichern die Unabhängigkeit der Unterzeichner an die Verfassung und die öffentliche Ordnung.

#### Japan.

Die japanischen Rüstungen. Aus Tokio wird gemeldet, daß der japanische Kriegsminister im Parlament auf eine an ihn gerichtete Frage, gegen wen sich Japans militärische Rüstungen richteten, geantwortet habe, sie seien gegen keine einzelne Nation gerichtet, sondern nur gegen gewisse Eventualitäten im Stillen Ozean, wo Japan eine lange Küste besitze. — Das aus 16 Kriegsschiffen bestehende Panzergeschwader der Vereinigten Staaten ist auf der Fahrt nach dem Stillen Ozean begriffen. Japan befürchtet also, daß ihm die Vereinigten Staaten eine kleine Überraschung bereiten wollen und es vermehrt daher keine militärischen Rüstungen. Die Lage im Stillen Ozean kann sich also in Kürze sehr kritisch gestalten, zumal es an Konfliktstoff zwischen Japan und den Vereinigten Staaten nicht fehlt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag den 3. Februar.

Zug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevesmühter Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Das Defizit unseres Staatsbudgets gibt verschiedenen hiesigen Zeitungsblättern, die als Korrespondenten auswärtiger Ordnungsblätter tätig sind, Veranlassung zu Notizen, die so zutreffend sind wie die Berleumdungen der bürgerlichen Presse gegen die Sozialdemokratie. Es wurde der Fehlbetrag auf 800.000 Mk. beziffert, in Wirklichkeit sollen es jedoch nur 240.000 Mk. sein, wie froh bewegt unter Amiesblatt verkünden darf. Hoch genug ist auch diese Summe noch, wenn sie auch das übliche alljährliche Defizit nicht allzuehr übersteigt.

Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Die Zahlstelle hielt im verflossenen Jahre 23 Mitglieder-Versammlungen und eine öffentliche Versammlung ab. In vier dieser Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die höchste Besuchszahl der Versammlungen war 70, die niedrigste 15; durchschnittlich waren 40 Kollegen anwesend. Zur Erledigung der Verwaltungsobliegenheiten wurden 49 Sitzungen abgehalten, davon mehrere mit dem Gesellenausschuß. Die Mitglieder der Wert- und Maschinenbau-Gesellschaft erreichten auf gutlichem Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer halben Stunde pro Tag ohne Lohnausfall. Außerdem wurden in letzterer Fabrik die Prozente für Überstunden und Nachtschicht von 20 auf 30 erhöht. Wegen der Mautfeier waren 113 vorbereitete Kollegen mit 217 Kindern, und 9 ledige Kollegen 9 Tage ausgebeuert. Am Schlusse vorigen Jahres zählte unsere Zahlstelle 200 Mitglieder. Im Laufe des Jahres wurden 49 Mitglieder aufgenommen, von anderen Organisationen sind übergetreten 1, zugeworben 35 Mitglieder, Ausgeschieden resp. rückkehrend abgereicht sind 10, gestorben 1 und abgemeldet auf Wanderschaft 57 Mitglieder. Mitgliederbestand am Jahresschluß 217. Die Einnahmen des Jahres 1907 beliefen sich auf 5636,90 Mk. Die Ausgaben sind: für Verwaltung 421,92 Mk., Reisegeld an 49 Mitglieder für 127 Tage 111 Mk., Arbeitslosumunterstützung an 13 Mitglieder für 101 Tage 136 Mk.; Krankengeld an 53 Mitglieder für 573 Tage 1492 Mk.; für Unterstützung der Mautfeier: Ausgewerteten 1835,45 Mk., Rechtshilfe an 4 Mitglieder 42 Mk., Aufzugsunterstützung an 1 Mitglied 50 Mk. Die Hilfskassenerlöse erhielten 255 Mk. Andere Ausgaben 240,30 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 2689 Mk., am Ort ver-



Minna Specht  
Karl Weber  
Verlobte.

Lübeck. Lübeck.

Anna Schulz  
Carl Peters  
Verlobte.

Lübeck, 2. Februar 1908.

Am Sonnabend, den 1. Februar, starb nach langem schweren Leiden unsere liebe Schwester und Schwägerin

Frau Maria Zeising im Alter von 58 Jahren. Auf's tiefste betrauert von den Ihrigen.

Johs. Grabe u. Frau, geb. Ostmüller. Die Aufnahme findet am Mittwoch, den 3. Februar, morgens 9 1/2 Uhr, von der Kapelle (Burgtor) aus statt. Trauerfeier 9 1/2 Uhr.

Sonntag morgen 8 1/2 Uhr starb nach schwerer Krankheit unsere liebe unvergessliche Tochter Martha im 7. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von ihren Eltern, Geschwistern, Großmutter u. allen Verwandten. Heinrich Dencker u. Frau, geb. Etenber.

Für die Unterstützung beim Ableben meines Mannes sage den Kollegen desselben vom Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter meinen besten Dank.

Frau Harms Ww.

Eine Zwei- oder Dreistubenwohnung zum 1. April v. ruh. Leut. (2 Kinder) gef. Dolken- tor-Pl. bevorzugt. Näh. Weithofstraße 43. I.

Verloren von einem kleinen Mädchen 5 Mark vom Reuterzug bis zur Puppenbrücke. Bitte abzugeben

Enaelsarube 68, II., im Fl.

Die Verlobung mit Frä. Minna Marks ist aufgehoben.

H. Dierck.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

**Hartkohlenschiefer**

in schöner Auswahl  
sowie alle

**Brennmaterialien**

in anerkannt vorzüglicher Qualität  
empfiehlt zu den billigsten Preisen

**Christian Gäde.**

Kontor: Fischergasse 4.  
Lager: Drehbrücke.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Uhren einsetzen 1,50 Mk.  
Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.  
1 Jahr Garantie.

**Ernst Gentzen**, Uhrmacher  
Bismarckstraße 62, b. d. Bismarck-  
Gasse rote Rabatmarken.

Karl Obst, Am Brick 11b.  
Reelle und billige Schuhreparatur-  
werkstatt.

Vereinigte Butterhändler  
von Lübeck und Umgegend.

**Allerfeinste Meiereibutter**  
kostet Pfund 1,45 Mark.

**Jack's Familien-Musik-Instrumente**  
Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern,  
Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.  
Verkauf zu Original Fabrikpreisen.  
**Musikhaus Jack, Königstrasse 96.**

**Seefahrer-Krankenkasse.**  
**50 jährige Jubiläums-Feier**  
am Mittwoch, den 5. Februar, in sämtlichen Räumen der Stadthalle.  
Bilder aus dem Seemannsleben.  
Konzert von Jacobs Konzert-Orchester, Vorträge, Ball.  
Eintritt eine Mark. Eine Dame frei.  
Etwasige Überschüsse kommen der Kasse zu gute.  
**Das Komitee.**



**Für wenig Geld**  
eine umfangreiche wertvolle Bibliothek  
zusammen zu stellen, ist mit Hilfe von  
**Reclams**  
**Universal-Bibliothek**  
leicht möglich. Diese in vielen Mil-  
lionen von Bänden über den ganzen  
Erdball verbreitete, bedeutendste deut-  
sche Bücherammlung bietet in sehr  
mehr als 4900 Nummern à 20 Pfennig  
den vielseitigsten und gediegensten Lesestoff,  
sowohl zur Unterhaltung als auch  
zum Studium. Die Universal-Bibliothek  
enthält mehr als 2500 Nummern Unter-  
haltungslektüre der bedeutendsten Er-  
zähler aus der Weltliteratur, mehr als  
1400 Nummern Bühnenwerke und etwa  
1000 Nummern wissenschaftlicher Texte.

Zu beziehen durch die  
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**  
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Dienstag, den 4. Febr.  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Jahresbericht vom Jahre 1907.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Adolf Hübner**, Uhrmacher u. Gold-  
arbeit., Künsthof 13.

**Arbeiter-Bildungsschule**  
**Lübeck.**

Diejenigen Gewerkschaften und Vereine, die  
den Vertrieb der Karten zum Volkslieder-  
abend am 11. März bis 38. übernehmen  
wollen, werden höflich ersucht, am Dienstag,  
den 4. Februar, abends von 8 bis 9 Uhr,  
im „Vereinshaus“ zwecks Empfangnahme derselben  
zu erscheinen.

**Das Komitee.**

**Serientolonien.**  
**General-Versammlung**  
am Sonntag, den 9. Februar 1908,  
mittags 12 Uhr,  
im Hause der Gef. z. Bef. gem. L.  
Tages-Ordnung:  
Jahresbericht. Rechnungsablage. Wahlen.  
**Der Vorstand.**

**Metropol-Theater**  
Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.  
Vornehmstes Theater  
lebender, sprechender und sin-  
gender Photographien,  
Zählisch  
**Gr. Künstler-Konzert**  
der Rossbacher Bauernkapelle,  
sowie neue Gesangs-vorträge a. d. Metophon.  
Diese Woche neues herrliches Programm.  
**Das Geheimnis einer Mutter.**  
Gr. dramatisches Lebensbild.  
**Die Geisel.**  
Gr. lebenswahres Bild aus dem wilden Westen.  
**Lebende Porträts.**  
Keltische Metamorphose.  
**Der Mann der Frau Doktorin.**  
Dochtomisch.  
**Schlauer Schulleute.** Sumo-  
ristisch.  
**Quett aus Martha.**  
Wunderbares Opern-Loudbild.  
**Schauellied**  
aus Auf ins Metropol.  
und das große Programm dieser Woche.

**Einladung**  
zum  
**BALL**  
der Meiner'schen Fuhrleute  
in sämtlichen Räumen des  
**„Konzerthaus Flora“.**  
Am Dienstag, den 4. Februar 1908.  
Eintritt 1 Mk. Einzelne Dame 20 Pf.  
Anfang 8 Uhr.  
**Das Komitee.**

**Hansa-Theater**

Nur diese Woche.  
Gastspiel der berühmten, aus 13 Per-  
sonen bestehenden amerikanischen Panto-  
minen-Troupe **The Reed-Pinand-  
Company.**  
Ein Abend in einem amerikanischen  
Eingeltingel.  
Diese Troupe hat in Hamburg (Hansa-  
theater) ausverkaufte Häuser erzielt. Ueber-  
all war sie Tagesgespräch!  
Dazu: Neues Künstler-Personal. Trotz  
der großen Kosten, womit das Gastspiel  
verbunden ist, sind die Eintrittspreise nicht  
erhöht. Vorverk. bei Sager bis 5 Uhr.

**Stadt-Theater.**  
(Provisorium)  
Direktion: L. Florowski.  
Dienstag, 4. Februar, 8 Uhr.  
92. Abonn.-Vorst. 19. Dienstag-Abonn.  
Mit neuer Ausstattung!  
**Der Zigeunerbaron.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Mittwoch u. Donnerstag: Keine Vorstellung.  
Freitag: **Die weiße Dame.**  
Sonnabend: **Othello.**

# Blut und Eisen

Krieg und Kriegerium in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.



Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts her-  
ausgegebenen „**Kulturbilder**“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der  
Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenscheit gespielt hat, welche Greuel  
er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in  
welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegs-  
geschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen,  
wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen  
Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die  
sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts,**  
**Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldaten-**  
**typen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschau-  
lichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**  
sowie deren Kolportage und Aussträger.

Jedes Heft ist reich illustriert!

## Ein Vernichter der Sozialdemokratie.

Dr. P. Wien, 28. Januar 1908.

War das ein Subel bei allen Arbeiterfeinden, als bei den Reichstagswahlen im Falkenauer Landbezirk der „freie Sozialist“ Simon Starck gegen unseren Genossen Dr. Verkauf gewählt wurde. Ein wirklicher Arbeiter, der im Kampf gegen die Sozialdemokratie gefiegt hatte. Das freute alle um so mehr, als die Sozialdemokraten ja sonst nicht weniger als 87 Mandate errungen hatten. Simon Starck bekannte sich dabei als Sozialist, der allerdings mit der „Zwangorganisation“ der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollte, der über die „Führer“ schimpfte, kurz den Gegnern der Partei die Argumente lieferte, die sie ja auch ohne ihn schon ach so oft und mit so wenig Erfolg vorgebracht hatten. Und was ihnen diesen neuen Bundesgenossen noch wertvoller machte, war, daß er selber selbst ein Sozialdemokrat, ja sozialdemokratischer Redakteur gewesen war — wobei sie allerdings leicht hätten erfahren können, daß er erst dann ein „freier Sozialist“ geworden war, als sich die sozialdemokratische Partei von ihm befreit hatte. Im Parlamente wurde dieser ehemalige Sozialdemokrat von allen Feinden der Sozialdemokratie sehr pouffiert. Sie verschafften ihm gute Plätze in der Rednerliste. Sie stellten bei seinen Reden die entzückten Zuhörer dar, sie riefen bei seinen Schimpfereien „Bravo!“ und bei seinen „Enttäuschungen“ über die Ausbeutung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie „Hört!“, ja einmal ließen sich alle christlich-sozialen Abgeordneten in die Rednerliste eintragen, um ihn, nachdem Schluß der Debatte angenommen werden sollte, zum Generalredner zu wählen, wofür er sich natürlich durch eine ausgiebige Schimpferei über die Sozialdemokraten bedankte. Dabei störte es die Herren gar nicht, daß das, was er sagte, ganz sinnlos war und daß seine Ausführungen vollständig zusammenhanglos und konfus waren.

Sn das allgemeine Entzücken über diesen „Arbeiter“, der aus purem Idealismus sich von der Sozialdemokratie abgewendet hatte, fiel plötzlich ein Mißton, als am 15. September die „Arbeiterzeitung“ die Enthüllung brachte, daß Simon Starck von den Christlich-Sozialen mit 10 000 Kronen bestochen worden sei und daß er von einem Fabrikanten Geld genommen habe, um ihm dafür Streikbrecher zu liefern. Zum Beweise veröffentlichte die „Arbeiterzeitung“ u. a. ein Memorandum, das Starck an die christlich-soziale Parteileitung geschickt hatte und das einen vollständigen Plan enthielt, wie die „Insurrektion der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie“ organisiert werden könnte. Dieses Memorandum schloß mit den Worten: „Wir haben die Absicht, den wahren, von jedem Parteilanatismus freien Sozialismus zu fördern. Unsere Agitation richtet sich auf Favoriten, Ottakring (zwei Wiener Arbeiterbezirke), Wiener-Neustadt und Neunkirchen. Können Sie uns behilflich sein, Kredit auf lange Sicht — 10 000 Kronen — bei einer Kasse zu verschaffen, so werden Sie staunen, was wir leisten. Hochachtungsvoll Simon Starck.“ Herr Starck erklärte diese Enthüllung für eine Mystifikation, das Memorandum für eine gemeine Fälschung und verklagte nicht nur die „Arbeiterzeitung“, sondern auch ein halbes Duzend sozialdemokratische Provinzialblätter, die die Enthüllungen abgedruckt hatten. Offenbar rechnete er damit, daß man ihm nichts werde beweisen können.

Heute fand vor dem Straßbezirksgericht in Wien die Verhandlung statt und sie hat den „Vernichter der Sozialdemokratie“ vernichtet. Zwar wußten die Führer der Christlich-Sozialen — der Präsident des Abgeordnetenhauses Weiskirchner und der Minister Gehmann — sich

an nichts zu erinnern, aber schon der ehemalige Abgeordnete Schneider gab zu, mit Starck verhandelt zu haben. Zwei ehemalige Anhänger Starcks gaben dann als Zeugen an, daß sie als Deputierte Starcks mit Gehmann verhandelt hätten, daß sie aber kein Geld bekamen, weil Gehmann sagte, den Christlich-Sozialen sei bei den Wahlen „die Luft ausgegangen“. Starck selbst blieb dabei, daß alles unwahr sei. Er brach förmlich zusammen, als ihm dann der Anwalt der „Arbeiterzeitung“ das Original jenes Memorandums vorwies, worin er von der christlich-sozialen Parteileitung Geld verlangte. Dieses Memorandum war von ihm selbst geschrieben und unterschrieben, was er nun kleinlaut begeben mußte. Und gleich darauf wurde ihm auch das Original des Briefes vorgelesen, den der Sekretär der christlich-sozialen Parteileitung als Antwort auf jenes Memorandum an ihn abgeschrieben hatte. Darin wird die Bereitwilligkeit ausgesprochen, 10 000 Mark als „Subvention zur Gründung anti-sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen“ zu gewähren, jedoch unter der Bedingung, daß sich Starck verpflichte, gegen die christlich-soziale Partei nie etwas zu unternehmen und Kandidaten dieser Partei immer zu unterstützen. Dieses Antwortschreiben ist vom 2. September 1907. Das Geschäft kam aber nicht zustande, weil am 15. September die Enthüllungen der „Arbeiterzeitung“ erfolgten. Und dann mußte noch der als Zeuge vorgeladene Fabrikant Gottl. im Kreuzverhör zugeben, daß er sich bereit erklärt hatte, für die Vermittlung von Streikbrechern Starck zu bezahlen.

Das Urteil war nun selbstverständlich: Die „Arbeiterzeitung“ wurde, wie schon kurz gemeldet, freigesprochen, da der Wahrheitsbeweis für den Vorwurf der Bestechlichkeit erbracht sei.

So ist der Recke Siegfried, der den Drachen Sozialdemokratie töten sollte, auch bei Gericht jämmerlich eingegangen, mit ihm haben sich aber auch die Christlich-Sozialen, deren Führer sich mit Geld einen Abgeordneten kaufen wollten, eine arge Blamage geholt. Der „freie Sozialismus“, der außer dem Falkenauer Kohlenrevier nirgends einen Anhang hatte, dürfte diesen Schlag nicht überleben. Mit dem Vernichten der Sozialdemokratie war es auch diesmal nichts. Wann unsere Gegner wohl endlich einmal die Veruche aufgeben werden, der Sozialdemokratie durch den Auswurf der Sozialdemokratie beizukommen?

## Ueber die Eroberung der Luft

sprach Graf Zeppelin in der Berliner Singakademie. Der unermüdbare Vorkämpfer des sogenannten starren Systems ist nahezu ein Siebzighjähriger. In seinem Vortrag legte er den Hauptnachdruck auf die Widerlegung der Ansichten der Gegner, und betonte namentlich die große Betriebssicherheit seines Fahrzeugs. Das Erfordernis für das Luftschiff der Zukunft ist neben größter Betriebssicherheit, die in erster Reihe steht, lange Fahrzeit und hinlängliche Tragfähigkeit. In diesen drei Anforderungen steht sein Luftschiff bisher noch unerreicht da. Und das neue wird diese Leistungsfähigkeit des bisherigen noch übertreffen. Die Betriebssicherheit hängt von zwei voneinander abhängigen Teilen ab: der Maschine und den Schrauben. Wie bei einem Dampfschiff, über dessen Maschine wir doch schon unverhältnismäßig viel längere Erfahrungen haben, so kann auch in den treibenden Bestandteilen eines Luftschiffes einmal eine Störung eintreten; aber das beweist nichts für die Unbrauchbarkeit. Derartige Schäden haben für das Zeppelinsche Luftschiff nicht allzuviel auf sich, wenn man nur einen brauchbaren Landungsplatz in der Nähe hat, der sich mit einer Schraube noch erreichen läßt. Kommt

ein derartiger Zufall jedoch in einer unwirtlichen felsigen Gegend oder über Sumpf und Meer vor, so kann das natürlich wie einem Schiff in der Nähe von Klippen usw. auch für ein Luftschiff den Untergang bedeuten. Aber wirklich verhängnisvoll könnte ein derartiger Unfall unter unseren Verhältnissen kaum werden, selbst wenn zugleich der Benzinvorrat zu Ende ginge, ohne daß ein Ziel erreicht wäre. Denn das starre Luftschiff kann wochenlang im Freien liegen; seine äußere Gestalt macht es unabhängig von Witterungseinflüssen.

Manche zweifeln, ob sich das starre Luftschiff im Sturm gut halten wird. Wenn ein Luftschiff ohnetrieb im Luftraum schwebt, so verhält es sich wie ein Ballon. Und selbst im Sturm fliegt eine Seifenblase kugelförmig dahin; die Luft drückt von keiner Seite stärker auf sie. So auch mit dem starren Luftschiff. Nur wenn die Schrauben arbeiten, wird das Schiff gegen den Wind gedrückt, aber im Sturm nicht stärker, als die Stärke der Maschinen das Luftschiff sonst auch gegen eine geringe Luftströmung treibt. Die Maschinen können an treibender Kraft nur immer dasselbe leisten und nicht etwa gegen Sturm mehr als sonst. Im Vergleich zur Erde mag das Luftschiff dahinsausen, in der Luft selbst hat es bei Sturm keinen größeren Druck auszuhalten als bei Windstille.

Auch im Aufsteigen haben die nichtstarren Luftschiffe vor dem starren nichts voraus. Nicht auf die Masse, die zu heben ist, kommt es an, sondern darauf, wieviel ein Fahrzeug von dem auftriebgebenden Gase entbehren kann, um in größeren Höhen zu bleiben. Um jedes Hunderstel seines eigenen Gewichts erleichtert, steigt das Luftschiff etwa um 80 Meter. Und der Verlust an Gas, der beim Höhersteigen eintreten könnte, wird annähernd wieder ausgeglichen durch die zunehmende Verminderung des Benzins. Außerdem kann das starre Luftschiff allein durch die treibende Wirkung seiner Schrauben sich in etwas größeren Höhen halten, als ihm der Auftrieb allein es gestatten würde. Ziffernmäßig läßt sich beweisen, daß gerade für Hochfahrten das größere Luftschiff dem kleineren überlegen sein muß.

Für Luftschiffe, die weite Reisen unternehmen sollen, ist es von besonderem Wert, daß sie nicht bloß auf dem Wasser, sondern auch auf losem Boden landen können. Das Landen auf gefrorenem Boden hat am 17. Januar 1906 dem starren System nichts geschadet, sondern der spätere Sturm, und Zeppelin denkt noch demnächst den Beweis zu erbringen, daß das Landen auf dem Lande keine größere Gefahr für sein Luftschiff mit sich bringt. Mit der Spitze gegen den Wind wird es im Schutze eines Tales oder eines großen Gebäudes sich auch sicher verankern lassen. Einer Halle zur Unterbringung bedarf es keineswegs.

Die Länge der Fahrt ist nur von dem Vorrat an Benzin abhängig und nicht etwa von dem Schlechtwerden oder Verderben des Gases. Der Windertrieb, der durch die Diffusion usw. des Gases entsteht, beträgt kaum den zehnten Teil des Gewichtsverlustes, den der Verbrauch des Benzins hervorbringt. Die Fahrtdauer ist darum mehr von dem Benzinvorrat, als von der Füllung des Ballons abhängig. Das Zeppelinsche Luftschiff ist stets von 5 bis 7 Monteuren oder Ingenieuren besetzt und hat zwei voneinander völlig unabhängige Triebwerke. Auch mit einem Motor ist stets die Möglichkeit gegeben, sich einen günstigen Landungsplatz auszuluchen und den anderen Motor dort wieder in Ordnung zu bringen oder mit einer Schraube dem Ziel zuzustreben; der Benzinvorrat reicht für die eine Maschine ja um so länger. Außerdem ist der Ballon so zahlreich mit Mannschaft versehen, daß für jeden Posten zwei- bis dreimalige Ablösung möglich ist, so daß also auch bei den längsten Fahrten eine

## König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.  
(18. Fortsetzung.)

„Der Prinz ist zu klug, um nicht einzusehen, daß eine einzige Niederlage ihn in unrettbares Verderben stürzt,“ fuhr Sunderland fort. „Rechnet er auf Anhang in England, auf die Unzufriedenen, so täuscht er sich. Auch Herzog Monmouth hat darauf gerechnet, aber kein Mann von Rang und Ansehen hat sich für ihn erhoben. Zwischen Murren und Wortemachen und Aufstehen, um Leben und Ehre zu wagen, ist ein großer Unterschied.“

Barillon schwieg verlegen. Die Gründe, welche er hörte, waren überzeugend, Sunderlands Gewißheit täuschte ihn.

„Die Unzufriedenen,“ sagte Jakob finster lächelnd, „ihre Ränke, ihre geheimen Machinationen, sie sind es, die das Volk aufwiegen. Ich habe gesehen, wie Priester und Soldaten von ihren Verführungskünsten angeleitet sind; doch nur Geduld, ich will ihre Rügen zu schanden machen. Noch habe ich treue Herzen und Arme genug, noch gibt es Teile meines Reiches, in welche die Pest des Verderbens nicht gedrungen ist.“

Der Staatssekretär warf einen erschrockenen Blick auf Jeffreys und einen anderen auf Barillon. Aber der Kanzler nickte dem Könige Beifall zu und rief in seiner gewöhnlichen rohen Weise: „Zeit ist es allerdings, Majestät, daß wir Hilfe erhalten, wenn uns die Freiheit nicht über den Kopf wachsen soll.“

„Wenn Graf Tyrconnel ein paar Brigaden Irländer nach Voni on schickt, Männer von wahren Glauben, die nicht Speiße und Musketen wegwerfen, wenn ihr König befehlt, so werden wir keinen so schamlosen Ungehorsam mehr erleben, wie heute und gestern.“

„Majestät,“ sagte Sunderland, „Engländer und Irländer sind Feuer und Wasser. Das Gerücht, als könnten irische Regimenter ins Land gerufen werden, hat Schrecken erzeugt. Der tiefe gegenseitige Groll beider Volksstämme und ihre alte, blutige Feindschaft ist wohl zu erwägen.“

„Auch bin ich Zeuge gewesen,“ sagte Barillon, „welch tiefes Entsetzen und welchen Zorn das Gerücht hervorruft, es sollten Irländer auf London marschieren. Im Namen meines Herrn, Ew. Majestät erhabenen Verbündeten, und als ein treu ergebener Freund, dem Ew. Majestät manches Wort gestattet haben, muß ich vor einem solchen Schritt warnen. — Die offene Erklärung des Königs von Frankreich ist nicht halb so gefährlich wie eine Brigade Irländer, die Graf Tyrconnel nach England marschieren läßt. — Ew. Majestät haben soeben bemerken können, wie das Volk über irische Abgesandte denkt, und mit welchem ausgefuchtem Hohn es über diese Herren herfällt. — Der Haß kleidet sich in das Gewand der Lächerlichkeit und der Verachtung, aber er wird sich bis zur rasenden Wut steigern, wenn er irische Soldaten, die er Räuber, Mörder, Barbaren und verhungerte Glende nennt, als Leibwachen des Königs erblickt. — Majestät, ich glaube jetzt selbst kaum noch, daß der Prinz von Oranien an ein mahnlühnendes und verbrecherisches Unternehmen denkt, um so mehr warne ich davor, Irländer ins Land zu rufen.“

„Und welcher Weg ist denn nach Ihrer Meinung der rechte?“ fragte der König, der bis jetzt finster vor sich nieder geblickt hatte.

„Sire,“ erwiderte der Gesandte, „Ew. Majestät wissen, daß in Frankreich wenig Umstände mit Regern und Verschwörern gemacht werden, und glorreich will ich den Tag feiern, wo auch in England die heilige Kirche als unerschütterlicher Fels des Glaubens und der Treue feststeht; gewiß aber ist es nötig, langsam zu bauen und vorzubereiten, Stein auf Stein zu legen, bis jeder trocken ist, und so den Bau zu sichern.“

„Ah!“ rief Jakob, „ich kenne Eure Meinung, aber Ihr kennt diese Engländer nicht. Ihre harten, trozigen Köpfe bedürfen einer Hand, die eisern zupakt, und eines Willens, der durch nichts sich schrecken und beugen läßt. Meine irischen Brigaden kennen keinen Willen als den meinen. Sie werden kommen, sie sollen kommen; ich habe genug Milde, Aberredung, Bitten und selbst Tränen bei diesem störrigen Volke verschwendet. Die Folgen liegen vor uns. Die meuterischen Bischöfe sind freigesprochen, der Klerus verweigert mir die Namen der widerpenstigen Priester, die meine Befehle verachten, der hohe Adel und die Gentry sitzen grollend

in ihren Schlössern, die Bürger, dickköpfig und feist durch Handel und Gewerbe, machen finstere Gesichter, der dumme Bauer und Pächter glaubt, der verbrecherische Monmouth müsse aus seinem Grabe auferstehen, der Böbel umbeult meine Minister und Diener als papistische Hunde und schreit ihnen Flüche nach; ja so weit ist das Verderben gedungen, daß endlich selbst meine Soldaten den Gehorsam vergessen, den sie mir geschworen, und ihre Waffen fordern, wenn ich ihnen befehle, mich zu unterstützen.“

„In so kurzen, furchtbaren Zügen entwarf der König selbst das Bild der Zustände, die seinen Augen nicht verborgen blieben, aber er tat es, während seine Lippen vor Zorn bebten und seine Augen rachsüchtig funkelten.“

„Majestät,“ sagte Sunderland, „noch gibt es der treuen Herzen viele in England, aber auch meine innige Überzeugung ist es, daß nach der Freiprechung der Bischöfe nichts schädlicher wirken kann als die Herbeiführung der Irländer.“

„Saget Ihr nicht, Lord Kanzler,“ rief der König, der einen Blick auf Sunderland warf, „daß Ihr anderer Meinung wäret?“

Jeffreys bedachte sich einen Augenblick. Er zog so gut eine Pension von Frankreich wie Sunderland, der 6000 Pfund jährlich erhielt, aber des Königs Gnade überhaup keine Günstlinge und Vertrauten in ungemessener Weise mit Gold und Ehren. In Sunderlands höbenlose Taschen floß alles, was irgend an Strafen und außerordentlichen Geschenken und Gefällen einging. Er hatte des Königs bösen Blick bemerkt und ahnte, was aus dem Widerstand des Staatssekretärs entstehen könnte.

„Gewiß, Sire, bin ich anderer Meinung,“ sprach er, „denn nichts kann erwünschter und von besseren Folgen sei, als Regimenter, auf deren Treue, was es auch geben möge, man sich verlassen kann. Haben wir 10 000 wahre Hürden aus Irland in London, die nichts denken und fühlen als ihres Königs Willen und ihrer Priester Gebote, so ist es aus mit allem Freg. Kein besseres Mittel gibt es, Ruhe, Ordnung und Gehorsam zu erhalten, als die Bajonette treuer Soldaten, die pünktlich vollziehen, was ihnen befohlen wird.“

Des Königs Gesicht erhellte sich. Er nickte dem Kanzler freundlich zu, während dieser sprach.

zu große Erschöpfung der Leute nicht eintreten kann. Das neue Luftschiff wird übrigens mit einem Schlaf- und Wohnzimmer ausgestattet. Das jetzige Fahrzeug kann schon zwölf Personen tragen. Die technische Möglichkeit ist vorhanden, daß das Luftschiff von Mainz bis Danzig in einer Fahrt gelangt.

Am letzten Teil seines Vortrags berührte Redner auch die Navigierung in der Luftschiffahrt und die Notwendigkeit von Luftschiffkarten, die Aufgaben der Wissenschaft in der Erforschung der Luftströmungen, die Erfordernisse einer Art Lichtfeuerzeichen für nächtliche Fahrten und noch weitere Bedürfnisse und Möglichkeiten in der Luftschiffahrt der Zukunft. Der Preis der Luftschiffe würde kein Hindernis ihrer Vermehrung sein; ein kleiner Kreuzer sei feiner, und doch könne ein einziges Luftschiff dem Vaterlande im Kriege, in der Erhaltung der Kolonien usw. die größten Dienste leisten. Sind sie gar erst ein Sport- oder Luftverkehrsmittel geworden, so würde sich dafür wohl auch eine Rentabilität ergeben.

Zum Schluß betonte der Graf, daß das, was er über sein Luftschiff gesagt habe, gewissermaßen sein luftschiffliches Testament sei, das er dem deutschen Volke hinterlasse.

## Soziales und Parteileben.

Eine Arbeitslosen-Zählung nahm am Donnerstag das Magdeburger Gewerkschaftskartell vor. Es waren in den verchiedenen Stadtteilen fünf Zählstellen eingerichtet und die Arbeitslosen erfragt worden, sich dort zu melden. Es meldeten sich 1256 männliche und 17 weibliche Arbeitslose. Verheiratet waren 731 männliche Arbeitslose mit 1270 Kindern. Einschließlich der Familienangehörigen betrug die Zahl der unter der Arbeitslosigkeit leidenden Personen 3257. Die Zahlen dürften aber bei weitem nicht vollständig sein, zumal sich unter denen, die sich meldeten, noch 84 Auswärtige befanden. 1080 der gezählten Arbeitslosen waren organisiert. — Auch in Burg bei Magdeburg fand kürzlich eine Arbeitslosen-Zählung statt. Dort wurden 258 Arbeitslose gezählt, darunter 174 verheiratete mit 290 Kindern. 89 waren unorganisiert. Die 258 Arbeitslosen waren bis zum 26. Januar insgesamt 12315 Tage arbeitslos. Welch eine Summe von Elend spricht aus diesen Zahlen! — Wir möchten, so schreibt der „Vorwärts“, diesem Bericht hinzufügen, daß wir diesen Zählungen durch freiwillige Meldung einen erheblichen Wert nicht beizulegen vermögen. Wollen die Gewerkschaften Arbeitslosenzählungen veranstalten, so kann dies — soweit man sich nicht mit den Angaben über die Zahl der organisierten Arbeitslosen durch die Verbände begnügt — nur durch eine Zählung von Haushalt zu Haushalt geschehen, wie dies seinerzeit die Berliner Gewerkschaftskommission in geradezu vorbildlicher Weise unternahm. Die freiwilligen Meldungen der Arbeitslosen kämen nur als Maßstab für das Sinken und Fallen der Arbeitslosigkeit in Betracht, wenn man sie in kurzen Zwischenräumen regelmäßig wiederholt und den gewonnenen Ziffern keinen absoluten, sondern nur einen Vergleichswert beimißt. Aber selbst dann muß man noch damit rechnen, daß bei späteren Wiederholungen die Arbeitslosen zum Teil das Interesse an der Sache verlieren.

**Vinderung der Notlage oder Ausnützung derselben?** Die Notlage der Arbeiterschaft infolge der herrschenden Krise hat überall Veranlassung gegeben, die Gemeinden zur Vindikation dieser Not aufzufordern. Wie die bürgerliche Gesellschaft sich nun ein solches Eingreifen denkt, mag folgendes beweisen. Auf Antrag einer Arbeitslosenforschungsgesellschaft beschloß der Gemeinderat des Harzstädtchens Osterwieck bereits festgesetzter Finanzlage eine „Notstandsarbeiten“ vorläufig 3000 Mk. auszumessen. Die zur Regelung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission hat nun den Tagelohn für die Notstandsarbeiten auf 1,60 Mk. für verheiratete und 1 Mk. für ledige Arbeiter festgesetzt. Trotz dieser niedrigen Lohnsätze meldeten sich gleich am ersten Tage 40 Arbeiter, um Arbeiten zu übernehmen, die jedenfalls unter anderen Umständen der Gemeinde weit höher zu stehen kommen würden. Wenn nun auch bei ca. 100 Arbeitslosen mit 3000 Mark nicht viel anzufangen ist, so läuft der Tagelohn von 1-1,50 Mk. doch mehr auf eine Ausnützung als auf eine Unterernährung der Notlage hinaus. Der sicherlich nicht zu hoch angelegte oris übliche Tagelohn beträgt für Osterwieck 1,70 Mk. bis 2,20 Mk., unter dem sollten jedenfalls auch nicht die Notstandslohne zur Auszahlung gelangen. Es wird nun von der Arbeiterschaft versucht, eine entsprechende Erhöhung zu erreichen.

„Ich hoffe“, sprach er dann, „daß Graf Tyrconnel schon in der nächsten Woche uns eine Brigade senden wird, der andere nachfolgen werden.“

„Majestät“, sagte der Staatssekretär mit leise zitternder Stimme, „ich hoffe zu Gott, es waltet kein Zweifel darüber, daß ich meinem königlichen Herrn mit allem, was ich habe und vermag, treu ergeben bin bis in den Tod. Darum und als der erste Rat der Krone wage ich zu widersprechen. Ihre, lassen Sie die Irländer nicht kommen; nur jetzt nicht, Sire, nur in dieser Zeit nicht. — Es wäre leichter, die Bischöfe anzuhängen zu lassen, als Irländer nach England zu schaffen, um die Engländer damit zum Gehorsam zu bringen. Für die Bischöfe sind viele, gegen die Irländer alle. Denn nicht allein die Protestanten erheben ihre Stimme gegen sie, als zuchtlose, rohe, blutgierige und feige Vandalen, auch die Dissenters und selbst die Katholiken tun es. Hören Sie auf meine Bitten, Majestät! Ich habe viele Katholiken gesprochen, gute und getreue Männer, die alle ihr Leben tausendmal opfern würden für den König, aber in ihren Gesichtern las ich Verzweiflung; der bitterste Jörn sprach aus ihren Worten bei dem Gedanken, daß die Irländer kommen könnten.“

„Majestät“, rief Barillon lebhaft, „auch ich kann bestätigen, daß der Lord-Staatssekretär die volle Wahrheit spricht.“

„Sind denn diese getreuen Herzen, diese guten Männer hat und läßt genug Gottes und ihres Königs Sache zum Siege zu führen?“ fragte der Kaiser Petre hervorretend. „Ist es möglich, jetzt noch den Gehorsam gegen Sr. Majestät Gebote aufrecht zu erhalten, da selbst die treulosen Soldaten abfallen? Wüssen wir nicht vernünftig, daß Meuterer und Hochverräter das große Werk vernichten? — Das können keine guten Söhne der heiligen Kirche, keine getreuen Untertanen und Diener des Königs sein, die gegen ihre irdlichen Brüder Paß und Berachtung hegen. Der wahre Glaube und der wahre Gehorsam urteilt nicht nach seinen vorzeitigen Vorurteilen, er unterwirft sich dem höchsten Willen seines Herrn und betrachtet diejenigen als seine Freunde, welche des Königs Freunde sind.“

„Majestät“, sagte Sunderland, „auf sein Antlitz sinkend, hier ist mein Haupt, ich bitte Euch es wüßig an; aber niemals kann ich gürheissen, was ich höre. Ich sehe Ew. Majestät an, nur dies Mal davon abzugehen.“

„Steht auf!“ rief der König, „heißt mir dem Frage nach; steht nicht augenblicklich auf, ich befehle es Euch!“

Eine neue Nachbrückerorganisation in Petersburg. Wie erinnerlich, wurde der Petersburger Druckereiarbeiterverband, die stärkste Gewerkschaft in Petersburg, im August v. J. polizeilich geschlossen, gerade als er an die Abschließung eines Tarifvertrages mit den Unternehmern schreiten wollte. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen den Druckereibesitzern und Arbeitern so zugespitzt, daß ein Teil der Unternehmer selbst darum nachsuchte, die Legalisation eines neuen Verbandes zu beschleunigen. Am 21. Januar hat denn auch die Behörde für Vereinsangelegenheiten die Registration des „Vereines der Arbeiter der graphischen Künste“ gestattet, nachdem zwei ähnliche Gesuche, die während der letzten Monate eingereicht wurden, abschlägig beschieden worden waren. Das neue Statut legt den Arbeitern der graphischen Künste außerordentliche Einschränkungen auf. So gestattet es die Abhaltung nur solcher Versammlungen, in denen Fragen behandelt werden, die unmittelbar mit der Tätigkeit des Vereins in Verbindung stehen. Die Auffassung jenes Petersburger Revieraufsehers, der auf einer Metallarbeiterversammlung erklärte: „Hier dürfen nur Fragen erörtert werden, die mit der Bearbeitung von Metall in Verbindung stehen“, ist somit zum Gesetz erhoben.

**Blockfreiwillige Sozialpolitik.** Die Sitzung der Berliner Stadtverordneten am Donnerstag, die sich mit einem sozialdemokratischen Antrag zur Arbeitslosenfrage beschäftigte, gewann durch eine Scharfmacherrede des Stadtrats und freisinnigen Abgeordneten Fischbeck einen stürmischen Charakter. Es lag folgender sozialdemokratischer Antrag vor: „Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu verhindern.“ Nach einer sachlichen Begründung des Antrages durch den Genossen Dupont ergriff Stadtrat Fischbeck das Wort um zu erklären, daß eine besondere Not nicht vorhanden sei, sondern nur eine gewisse Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Arbeitslose haben wir in jedem Winter, auch gewisse Gelegenheitsarbeiter, Rentempfänger und Zugewanderte, denen nicht viel an der Arbeit liegt. Zahlreich sind die Fälle, in denen die Arbeitslosigkeit von Streiks, wie dem Holzarbeiterstreik und Maurerstreik, herrührt. Auf die stürmischen Unterbrechungen, „Ausverrerrung! Ausperrung!“ antwortete Herr Stadtrat Fischbeck: „Streik oder Ausperrung ist bei mir egal.“ Eine Kommune, die nachher für die Arbeitslosen eintritt, die durch Streiks arbeitslos geworden sind, reizt geradezu zum Streik; denn für unverschuldete Not ist schließlich die Armenpflege da. Berlin hat aber nicht die Aufgabe, für die einzutreten, die sich durch die Hochkonjunktur nach Berlin verlocken ließen. Sie mögen dahin gehen, wo Arbeit ist, auch in die Landarbeit. Die Arbeitslosenversicherung kann die Kommune nicht einführen. Dem Stadtrat Fischbeck traten die Genossen Glöckle und Singer, sowie der sozialfortschrittliche Stadtverordnete Nathan in scharfen Ausführungen entgegen. Singer stellte fest, daß Herr Fischbeck nun ganz mit Herrn v. Kröcher Arm in Arm marschieren. Der Liberalismus habe keinen Grund, sich zu freuen, daß einer seiner Vertreter sich zum Mundstück solcher Auffassung gemacht habe. Auf Seiten des Stadtverordneten Fischbeck stellte sich mit großer Entschiedenheit nur der Führer der Dirsch-Dunckerischen, Stadtverordneter Goldschmidt. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

**Auseinandersetzungen über den Streik der Krefelder Stoffweber** und die darauf folgende Ausperrung, durch welche die Gemüter in so lebhafteste Bewegung gebracht wurden, fanden in der vor einigen Tagen stattgefundenen Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes in Krefeld statt. Trotz dem strengen Zutritt wurde, also nur Mitglieder Einlaß fanden, waren im größten Saale der Stadthalle wohl 2500 Personen anwesend. Gauleiter Reimes schilderte in stark weitläufigem Vortrage die historische Entwicklung der Organisation in Krefeld und speziell die Entstehung und den Verlauf der letzten Bewegung. Er nahm die Verbandsleitung gegen die Vorwürfe der Opposition, nach denen die Verbandsleiter die Bewegung verraten haben sollen, nachdrücklich in Schutz. Trotz mehrmaliger Unterbrechungsversuche der Minderheit gelang es dem Redner, sich bis zum Schluß Gehör zu verschaffen. In der ausgedehnten und teilweise stürmischen Diskussion wurde die Verwaltung mehrfach scharf wegen ihrer Haltung angegriffen, von anderer Seite dagegen entschieden verteidigt. Gegen 1 1/2 Uhr nachts wurde ein Beratungsantrag abgelehnt, ein Schlußantrag angenommen. Ein Vertrauensvotum für die Verwaltung gelangte hierauf mit großer Mehrheit zur An-

nahme. Damit war das von der Opposition aus den Reihen der Stoffweber eingebrachte Mißtrauensvotum gefallen, nach dem Reimes und von den Berg ihre Posten niederlegen sollten. Der Antrag der Opposition, aus dem Gewerkschaftskartell auszutreten, wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Zum Schluß wurde von der allerdings schon etwas geschwächerten Versammlung der Ausschluß des Hauptwortführers der Opposition, Hornemann, aus dem Verbande beschlossen.

**Die Polizei als Staatsretter bei Wahlrechtsdemonstrationen.** In Straßburg i. E. führt die Polizei das lebhafteste Bedürfnis, den Staat vor dem Umsturz durch die Wahlrechtsdemonstrationen zu schützen. Schon am Sonntag hat sie eine Wahlrechtsversammlung wegen angeblicher Aufrufung zu Gewalttätigkeiten aufgelöst. Für Mittwoch hatten unsere Straßburger Genossen eine neue Wahlrechtsversammlung einberufen, mit der zugleich ein Protest gegen die polizeiliche Auflösung der Versammlung vom Sonntag verbunden werden sollte. Der Referent, Genosse Böhle, konnte diesmal sein Thema zu Ende führen. Auch die bereits bekannte Resolution kam zur Annahme. Als aber ein Diskussionsredner die Arbeiterchaft aufforderte, im Kampfe um das Wahlrecht zu Straßbändemonstrationen zu schreiten wurde die Versammlung wieder aufgelöst. Der Versuch war weit stärker als am Sonntag.

**Der russische Gewerkschaftskongress aufgehoben.** Die Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftskongresses gibt in der letzten Nummer des „Gewerkschaftsanzeigers“ die Erklärung ab, daß alle Schritte, die zur Legalisation des geplanten Gewerkschaftskongresses unternommen wurden, ohne Erfolg geblieben seien, und daß aus diesem Grunde die Einberufung des Kongresses in nächster Zukunft sich als unmöglich erweise. Gleichzeitig erludt die Organisationskommission die Verbände, die Frage zu erörtern, ob sie nicht infolge des Aufschubes des Kongresses die Einberufung einer Konferenz zur Erörterung einiger Tagesfragen für notwendig erachteten.

**6000 neue Abonnenten** haben eifrige Sammler unter der Wiener Arbeiterschaft am Sonntag ihrem Parteiorgan, der „Arbeiter-Zeitung“ zugeführt. Allein im Bezirk Favoriten wurden 1800, in Orlingburg 1180 neue Leser gewonnen. Tiefe Agitation zeigt wieder einmal, wie viel allerorten bei eifriger Beteiligung der Genossen für die Parteipresse noch herauszuholen ist.

**Einigungsversuchungen in Amerika.** Aus New York wird dem „Vorm.“ geschrieben: Der Vorstand der „Socialist Labor Party“ hat in seiner letzten halbjährlichen Sitzung am Anfang Januar eine Resolution beschlossen, die sich dafür ausspricht, auf Grund des vom Internationalen Kongress zu Amsterdam gefassten Beschlusses einleitende Schritte zur Vereinigung, respective Verständigung über gemeinsame Punkte mit der „Socialist Party“ zu tun. Zu diesem Zweck wird ein aus sieben Mitgliedern bestehendes Komitee eingesetzt, das mit einem Komitee der Socialist Party, falls deren Vorstand auf den Vorschlag eingeht, einen Entwurf ausarbeiten soll, welcher den nächsten Konventionen der beiden Parteien zu unterbreiten ist. Die von diesen Konventionen gefassten Beschlüsse sind sodann der Abstimmung in beiden Parteien zu unterbreiten, und treten in Kraft, wenn auf beiden Seiten eine Majorität dafür stimmt. Es ist schon seit mehreren Jahren hier und da in beiden Lagern eine Bewegung nach jener Richtung im Gange, und in einigen Staaten haben auch gemeinsame Konferenzen zu dem Zweck stattgefunden; diese haben auch zum Teil zur Verständigung über diverse Punkte geführt, aber keine praktischen Resultate erzielt, da über andere, sehr wichtige Punkte keine Einigung erzielt werden konnte. Besonders kommt dabei die Stellung zur Gewerkschaftsfrage in Betracht, oder genauer gesagt zu der auf dem Boden der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit stehenden „Federation of Labor“ mit ihrer auf der Gewerkschaftsautonomie fußenden Organisationsform. Hauptächlich dieser Punkt wird auch bei der vom Vorstand der S. L. P. ergriffenen Initiative die größte Schwierigkeit bereiten. Es kommt dabei in Betracht, daß eine große Anzahl der S. L. P.-Führer Posten in der „Federation“ gehörenden Gewerkschaften bekleiden, während die Konstitution der S. L. P. dies als mit ihren Prinzipien in Widerspruch stehend erachtet, weshalb sie ihren Mitgliedern die Annahme solcher Posten nur in gewerkschaftlichen Organisationen gestattet, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wie seinerzeit die „Socialist Trade and Labor Alliance“ und nun die „Industrial Workers of the World“ (in der letztere aufgegangen ist). Außer einigen anderen Punkten, darunter hervorragend die Frage der Parteipresse, ist die neuerdings hinzugekommene beziehungsweise dringlicher gewordene Stellung zur Einwanderungsfrage zu erwähnen. Wie schon mitgeteilt, hat sich der Vorstand der S. L. P. kürzlich gegen die „asiatische Einwanderung“ erklärt, während die S. L. P. unentwegt den Marx'schen Wahrspruch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ hoch hält. Und daß es sich bei der letzteren nicht nur um diese Einwanderung handelt, sondern daß sie eventuell zu weiteren Konfessionen an das rückständige Element bereit ist, geht aus dem Thema einer nächstens in Brooklyn stattfindenden Versammlung der S. L. P. hervor, das lautet: „Die Zulassung oder Ausschließung der Asiaten und sonstiger in der Kultur rückständiger Völker von den Vereinigten Staaten“. Im übrigen wäre die gegenwärtige Situation — die sich wahrscheinlich im Laufe dieses Jahres nicht viel ändern wird — dem Vereinigungs- resp. Verständigungsstreben günstig; aber meiner Ansicht nach muß sich vor allem erst die veraltete Form des Unionismus als völlig ungenügend erwiesen haben, ehe Erfolg nach jener Richtung zu erwarten ist. Auch kommt in Rechnung, ob die Industrial Workers of the World in der Organisation der großen Masse der Arbeiter, der „unorganisierten“, die mindestens 75 Proz. der gesamten Arbeiterschaft bildet, genügende Fortschritte macht, um den Einfluß der S. L. P. zu brechen.

**Sozialismus und amerikanische Gewerkschaften.** Das jahrelange eifrige Verhüten der Sozialdemokraten in den Vereinigten Staaten, Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, ist schließlich doch nicht ohne Erfolg geblieben. Zuerst stieß man auf die heftigste Opposition bei den Gewerkschaftsführern und auf die größte Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit bei den Massen der organisierten Arbeiter, die bei dem erwachenden Verständnis sich sogar noch sehr feindselig den sozialistischen Bestrebungen gegenüber verhielten. Sie verwarfen den Sozialismus als „durchaus unamerikanisch“. Die Sozialisten aber ließen nicht ab von der Agitation und machten in ihrem Eifer auch wohl einmal einen Fehltritt, so zum Beispiel mit der Gründung der „Socialist Trades and Labor Alliance“, also einem Gewerkschaftsbund auf sozialistischer Grundlage, der aber die alten Gewerkschaften nicht im mindesten erschütterte, sondern selbst wieder bald auseinanderfiel. Man schlug dann eine andere Taktik ein und agitierte in unerwarteter Weise die Gewerkschaften. Sie von außen anzuhören, wie es damals hieß, dazu reichten die Kräfte der Sozialisten nicht aus. Man „bohrte“ von innen mit schnellerem Erfolge. Es wäre freilich verfehlt, viel Wert zu legen auf die zahlreichen Resolutionen, die diese oder

keine Macht der Erde soll mich hindern, das zu tun, was ich für recht halte. Ich will mit diesem widerwertigen Volke zu Ende kommen; ich will keine Schonung mehr üben, mich nicht abhalten lassen, meine königlichen Rechte endlich zu sichern. Ich will frei von dem Druck dieser Parlamente sein, die meinem Vater das Leben gekostet haben. Kein Wort mehr! Ich weiß, was ich tue, und viele Feuer vom Himmel, es sollte nichts daran ändern!“

Der französische Gesandte verbeugte sich schweigend und mit düsterem Gesicht. Im Augenblick flüsterte Petre dem Könige einige Worte zu.

Schreibt Eurem Herrn,“ sagte Jakob, „daß ich öffentlich seinen unerwünschten Besuch ablehnen und mit selbst helfen werde. Meinen Gesandten werde ich zurückerufen; im übrigen hoffe ich nicht, daß unsere Freundschaft deswegen sich verringert.“

Barillon verbeugte sich und ging, während Jakob, ohne Sunderland weiter zu beachten, die Galerie verließ und Jeffreys winkte, ihn zu begleiten.

„Er ist verloren!“ murmelte Sunderland vor sich hin. „Die Totenglocke der Stuarts hat geläutert! Erst der Prozeß der Bischöfe, nun die irländischen Brigaden: es ist aus mit ihm! Seine letzte Stütze, den großmütigen Ludwig, stößt er mutwillig von sich, dafür sucht er die Hilfe des falschen Tyrconnel — Hab, wenn ein Mensch soll untergehen und wäre er ein König, so macht ihn der Teufel blind und führt ihn ins Verderben! — Ich schwante nicht mehr, ich habe nicht Luft — mich für ihn hängen zu lassen, wie Stafford, oder,“ — sagte er mit leiser, bebender Stimme, indem er seine schmale, weiße Hand an die Stirn presste: „für Russell's zerstücktes, entsetzliches Haupt das meine auf den Block zu legen.“

In demselben Abend brachte die leichtsinnige Gräfin Sunderland ihrem alten Buhlen, Heinrich Sidney, verkleidet in Bagentracht, einen Brief, den dieser erfreut mit dem schönen Pagen zugleich an sein Herz drückte.

„Seine Herrlichkeit“, sagte Sidney spottend, „ist also ganz für uns gewonnen?“

„Er wird alles vollziehen, was der Prinz ihm aufträgt“, erwiderte die Gräfin.

„Bei Gott!“ lachte Sidney, „er ist ein eben so gefälliger Schemer, wie er klug und weise ist. Er rettet seinen Kopf und sein Geld, wir wollen für das weitere sorgen.“ —

(Fortsetzung folgt.)

Jene Gewerkschaften zugunsten des Sozialismus schon angenommen haben; selbst dann muß man sich vor Überhöhung hüten, wenn solche Resolutionen auf Jahreskonferenzen größerer Verbände Annahme fanden. Die Amerikaner nehmen es mit den Resolutionen nicht so genau. — Das „Philadelphiaer Tageblatt“ besprach jüngst die Schrift eines Professors Kennedy über die „sozialistischen Tendenzen in amerikanischen Gewerkschaften“. Da wird angeführt, daß im Jahre 1905 auf Gewerkschaftskongressen Delegierte, die 214 000 Mitglieder vertraten, für sozialistische Resolutionen stimmten, während die gegnerischen Delegierten 1 128 000 Mitglieder vertraten. Daraus geht sogleich hervor, daß ein gewisses führendes Element, die Delegierten, die das Vertrauen der Massen haben, Sozialisten sind. Im letzten Jahrzehnt haben 14 nationale und internationale (d. h. mit Kanada) Verbände mit 330 000 Mitgliedern das sozialistische Programm offiziell anerkannt. Auch darin braucht man nicht mehr zu sehen als ein Zeichen für eine sozialpolitische Strömung in den Gewerkschaften. Und daß diese Strömung immer stärker wird, darüber sind sich alle Kenner der Gewerkschaftsbewegung einig. Ein gutes Beispiel dafür ist die Haltung der Gewerkschaftspressen. Vor zehn Jahren noch wurde der Sozialismus in Gewerkschaftsblättern kaum erwähnt, sozialistische Aufschriften fanden keine Beachtung. Heute findet man lange Abhandlungen darüber; etwa ein Dutzend Gewerkschaftszeitungen sind mehr oder minder ausgesprochen sozialistisch. Außerdem werden viele sozialistische Zeitungen von den Gewerkschaften unterstützt. So haben 550 lokale Verbände auf „Appeal to Reason“ (Appell an die Vernunft) abonniert und diesem Wochenblatt damit 40 000 Abonnenten verschafft. Gewerkschaften haben einen großen Teil der Aktien des „Daily Socialist“ in Chicago, der englischen Tageszeitung der Partei, übernommen. In New-York haben die Gewerkschaften die volle Hälfte eines Fonds aufgebracht, um die Herausgabe eines englischen Tagesblattes für New-York zu ermöglichen. In den Erklärungen der Prinzipien vieler Gewerkschaften wird betont, daß das gegenwärtige Gesellschaftssystem den Arbeitern die Früchte ihrer Arbeit vorenthält.

Professor Kennedy steht in einigen Jahren kommen, wie der Trade Unionismus der ökonomische Flügel und die Socialist Party der politische Flügel der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten sein werden

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 1. Februar 1908.

92. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitzung: Dr. Schulz, von Bethmann-Sollweg.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Viktorius Metallarbeiterverbandes wird nicht erteilt. Ebenso wird die Genehmigung zur Zueignungsvorführung der Abgg. Dr. Bichter (3.) und Schefbeck (3.) nicht erteilt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Resolution der Budgetkommission zum Marineetat, betr. die Vergebung von Arbeiten und Zuziehung der Arbeitsausschüsse zur Regelung der Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinewerksbetrieben.

Jüngst wird über das Amendement Albrecht (S.D.) abgestimmt, welches Zuziehung auch der Arbeiterorganisationen fordert.

Das Amendement wird mit 166 gegen 114 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Resolution wird mit 218 gegen 87 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ein Nachtragsetat (400 000 Mk. an den Grafen Zeppelin zur Förderung der Motorluftschiffahrt) wird angenommen, nachdem der Abg. Hug (3.) einen Aufstieg des Zeppelinschen Luftschiffes eingehend geschildert hat.

Hierauf wird in der zweiten Lesung des Etats des Reichseisenbahnamts fortgefahren.

Wegeler (M.) ist im großen und ganzen recht zufrieden mit dem Reichseisenbahnamt.

Carstens (FvP.) ist keineswegs so zufrieden wie der Vorredner. Er rügt scharf die Zustände auf den Bahnhöfen Hamburg-Sternschanze und Elmshorn und die miserablen Löhne (24 Pfg. pro Stunde), die an die Eisenbahnarbeiter gezahlt werden.

Stolle (Soz.): Meine Klagen über mangelhafte Eisenbahnanlagen und schlechte Bezahlung der Eisenbahnarbeiter sind hier vom Kollegen Carstens bestätigt worden. In Sachen scheinen die Eisenbahndirektionen es für wichtiger zu halten, Gennungsordnungen als Fahrpläne zu erlassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) In der Oberlausitz erläßt der Eisenbahndirektor ein Schreiben an seine Beamten, worin er sie auffordert, einem konservativen Wahlverein beizutreten. (Reb. hört, hört! links.) Die Überbürdung der Arbeiter ist, man mag sich drehen und wenden wie man will, die Hauptursache der Unfälle. Die Bahnhöfe an kleineren Industrieorten befinden sich vielfach in miserablen Zuständen und geradezu himmelschreiend ist der Wagenmangel, der Industrie und Handel schwer schädigt. Bei wirklich ernsthaftem Willen würde der Präsident des Reichseisenbahnamtes wohl Wandel schaffen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer: Wenn ein Eisenbahndirektor zum Beitritt zum konservativen Wahlverein auffordert, überschreitet er seine Befugnisse. Aber die Herren Sozialdemokraten würden sich kaum so entrichten, wenn zum Eintritt in einen sozialdemokratischen Wahlverein aufgefordert würde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Sander (FvP.) klagt über Benachteiligung Meiningens durch Preußen.

Quark (M.) klagt über Benachteiligung Koburgs durch Preußen.

Hue (S.D.): In ungeheurem Umfange wird die rheinisch-westfälische Industrie durch den Wagenmangel geschädigt. Von den ca. 35 000 fehlenden Wagen im Monat Dezember entfielen die Hälfte auf das engere Ruhrrevier. (Hört, hört!) Der allgemein gerügte Kohlenmangel wird durch diesen Wagenmangel verschärft; ferner bedeutet dieser Wagenmangel allein im Monat Dezember einen Lohnausfall von etwa einer halben Million für die Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) In der Frage des Wagenmangels haben Unternehmer und Arbeiter ein gleiches Interesse. Das Eingreifen des Reichseisenbahnamts wäre hier dringend geboten. Es läge auch im allgemeinen Interesse, gerade jetzt bei der Zeit der Arbeitslosigkeit Wagen, Lokomotiven usw. zu bestellen. Ob mangelhafte Organisation, ob Überlastung der Gleise Hauptgrund des Wagenmangels ist, scheint noch nicht festzustellen. Das Eisenbahnpersonal vom Streckenwärter bis zum Stationsvorsteher trägt keine Schuld; es leistet geradezu Bewunderungswürdiges. (Allgemeine Zustimmung.) Dabei wird es für seine große, verantwortungsvolle Leistung viel zu schlecht bezahlt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der geradezu

grandiosen Leistung des Personals verdanken wir, daß trotz alledem und alledem im Ruhrrevier verhältnismäßig wenig Unfälle vorkommen. Ich bitte ferner noch das Reichseisenbahnamt, dafür zu sorgen, daß jene Bahnhöfe durch neue ersetzt werden, die der verstorbene Minister Hubbe als Mausefallen bezeichnet hat. (Stift. und Dört, hört!) Und vor allem: man bestelle jetzt neue Wagen. Die Eisen- und Stahlwerke, die jetzt Arbeiterentlassungen vornehmen müssen, dürften nach Arbeit. Mit der Bestellung von Eisenbahnmateriale wird dem Verkehr und der Industrie gleichmäßig gedient. (Bravo! b. d. Soz.)

Nitich (S.D.): Bei richtiger Auslegung der Artikel 42 und 43 der Reichsverfassung würde das Reichseisenbahnamt durchaus imstande sein, den hier gerügten lächerlichen Abhilfe zu schaffen. Das allgemeine Interesse erfordert, wie mein Freund Hue unwiderleglich nachgewiesen hat, daß dem Eisenbahnmangel schleunigst Abhilfe geschaffen wird. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat immer auf die Millionen hingewiesen, die sie für Wagenanschaffung ausgegeben hat. Wenn man die Zahlen sich so ansieht, so erscheinen sie recht beträchtlich; wenn man aber die horrenden Überschüsse damit vergleicht, dann ändert sich das Bild ein wenig. Das Reichseisenbahnamt hat alle Ursache, den Eisenbahnverwaltungen auf die Finger zu sehen und sie etwas aus ihrer Schläfrigkeit herauszureißen. Wir in Offenbach und Mainz wissen allerlei von der Knickigkeit des preussischen Eisenbahnfiskus zu melden, unter der die wichtigsten Lebensinteressen der großen heillosen Industrieorte schwer gelitten haben. Es ist dringend notwendig, daß hier Abhilfe geschaffen wird. (Beifall b. d. Soz.)

Präsident Schulz sagt zu, die von den Vorrednern vorgebrachten Mängel unterzuchen zu wollen.

Wogalla v. Bieberstein (M.) erwidert mit der Behauptung, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter außerordentlich hoch seien, die Linke.

Stolle (S.D.): Auf die vorige Anfrage des Geheimrats Fischer habe ich zu erwidern, daß wir unter allen Umständen mißbilligen, wenn ein Vorgesetzter seine Untergebenen zum Eintritt in irgend einen Wahlverein, einerlei welcher Partei, auffordert. (Zust. links.) Ich betone noch einmal, daß nach der Reichsverfassung das Reichseisenbahnamt nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, auf Vereinheitlichung und Verbilligung der Tarife hinzuwirken. (Beif. b. d. Soz.)

Dr. Neumann-Sofor (FvP.) klagt über die egoistische Eisenbahnpolitik Preußens gegenüber Lippe und anderen kleinen Staaten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Jäger (3.), Behrens und Köhler (MvP.) wird der Etat des Reichseisenbahnamts bewilligt.

Eine Anzahl Petitionen werden debattelos nach den Vorschlägen der Kommission erledigt. Andere Petitionen, darunter auch die betreffend Aufhebung des § 177 St.-G.-B., über die die Kommission Übergang zur Tagesordnung nebst einer auf Verhärterung der Handhabung des Paragraphen dringenden Resolution beantragt, werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Militäretat.)  
Schluß 3<sup>15</sup> Uhr.

## Aus dem Gerichtssaal.

Um ein Jopfband ins Gefängnis? Ein Schulmädchen in Halberstadt hatte einer Schulfameradin auf der Straße ein Jopfband aus den Haaren gerissen. Das Mädchen bekam infolgedessen eine Anklage wegen Straßenraubes. Das Landgericht Halberstadt sah „nur“ einfachen Diebstahl als vorliegend an und verurteilte die Abelätarin, die die erforderliche Einsicht in die Strafbarkeit ihrer furchterlichen Tat besessen haben soll, zu einem Tage Gefängnis!

Der Kölner Anarchistenprozeß, über dessen Vorgeschichte wir bereits berichtet haben, beschäftigte dieser Tage die Kölner Strafkammer. Angeklagt waren fünf Männer und eine Frau, durch Verbreitung der antimilitaristischen Broschüre „Soldatenbrevier“ zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert, sowie verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufgereizt zu haben. Um die Verbreitung zu erleichtern, ist die in London gedruckte Broschüre so ausgestattet, als sei sie im „Verteiler des Kriegsministeriums“ in Berlin erschienen. Der Deckel ist schwarz, weiß, rot, zeigt das Reichswappen und die Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland“. Die Broschüre, die ursprünglich „Soldatenfreund“ hieß, wurde am 1. Februar 1907 vom Berliner Amtsgericht konfisziert und am 8. Juli durch Urteil eingezogen. Der in Wien geborene, in Arnheim (Holland) ansässige Tischler Alfred Hörmann soll die Broschüren von London bezogen und durch holländische Tabakarbeiter, die in Emmerich beschäftigt waren, über die deutsche Grenze geschafft haben. Die anderen in Köln anhängigen Angeklagten sind der Verbreitung oder der Beihilfe beschuldigt. Während der Verlesung der Broschüre durften nur die Vertreter der Presse im Gerichtssaal bleiben. Hörmann gibt zu, 500 Stück über die Grenze geschafft und 80—40 Stück dem Angeklagten Tischler Max Luge gegeben zu haben. Er macht überhaupt umfassende Angaben über seinen Verkehr mit den anderen Angeklagten, die er zum Teil belastet. Als Anführer bezeichnet er den im Zustande befindlichen anarchischen Schriftsteller Nacht auch Koller genannt, der auch die Broschüre geschrieben haben soll. — Auch der Tischler Luge ist bei der Vernehmung sehr mitteilksam. Er sagte, im November sei in einer Sitzung der „Föderation“ beschlossen worden, die Broschüre von London kommen zu lassen, um sie in Berlin gelegentlich der wegen des Liebknecht-Prozesses abgehaltenen Protestversammlung zu verteilen. Die Verteilung habe aber nicht stattgefunden. Luge belastet den Angeklagten Schuhmacher Becker und den flüchtigen Mitangeklagten Schuhmacher Georg Runze. Endlich belastet auch der Angeklagte Zementierer Wilhelm Busch den Maurer Karl Laß. Verurteilt wurden: Hörmann und Luge zu je 10 Monaten, Becker wegen Beihilfe zu 6 Monaten, Laß wegen Beihilfe zu 2 Monaten. Busch und Frau Luge wurden freigesprochen.

Militärjustiz. Eine furchtbar harte Strafe wegen einiger geringfügiger Vergehen verhängte das Kriegsgesetz in Dresden gegen den Soldaten Rothe vom Infanterie-Regiment Nr. 102 in Zittau. E. Rothe hatte sich wegen Ungehorsam, Beharren im Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung, Auftragsverletzung, Beleidigung eines Vorgesetzten und Selbstbefreiung zu verantworten. Der Angeklagte befand sich am Neujahrstage in einem Tanzlokal. Hier soll er zu einem Zivilisten eine Bemerkung mit Bezug auf den Sergeanten, den Führer einer Wirtshauspatrouille, gemacht haben. In einem anderen Lokal traf sich der Angeklagte und der Sergeant wieder. Auch hier soll Rothe mehrere Befehle des Vorgesetzten nicht befolgt, sondern sich höchst ungebührlich benommen haben. Als dann der Sergeant zur Arrestur des Soldaten schritt, soll letzterer die Flucht ergriffen haben. Der Angeklagte gibt an, von dem

Vorfalle nichts zu wissen, da er betrunken gewesen sei. Der Sergeant bestätigt jedoch alles dem Angeklagten zur Last gelegte; betrunken sei Rothe nicht gewesen. Ein Kamerad Rothes gibt an, daß dieser sehr betrunken gewesen sei. Einem Feldwebel hat Rothe an dem fraglichen Abend keine richtigen Antworten gegeben und dieser habe ihn deshalb gehen lassen in der Annahme, Rothe sei betrunken, jedoch müsse er behaupten, daß R. nicht sinnlos betrunken gewesen sei. Der Vertreter der Anklage beantragte schließlich gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Derartige Disziplinlosigkeiten müssen seiner Ansicht nach streng bestraft werden. Das Kriegsgericht verurteilte denn auch den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis und verhängte dessen sofortige Inhaftnahme.

253 mal vorbestraft. Eine 58 Jahre alte Wirtshauserin namens Auguste Emma Steglich geb. Schäfer erschien vor den Schranken des Dresdener Landgerichts, deren Polizeifakten nicht weniger als neun Bände umfassen. 253 mal ist die Angeklagte vorbestraft lediglich wegen Abertretungen aller Art. Sie hat sich aber niemals eines Eigentumsvergehens schuldig gemacht, sondern betritt jetzt zum ersten Male wegen eines solchen die Anklagebank. Die 253 Strafen kosteten sie annähernd 2500 Tage ihrer Freiheit, da sie alle gegen sie erkannten Geldstrafen „siegend abmachte“. Jetzt erhielt sie als 254. Strafe zwei Wochen Gefängnis, weil sie für 6 Mk. Wäsche entwendet hatte.

Ein netter Pfleger! Vor dem Kriegsgericht Magdeburg stand am Donnerstag ein Sanitätssergeant aus Halberstadt, dessen Name leider nicht zu ermitteln war, unter der Anklage, sich gegen § 174 des Reichsstrafgesetzbuchs vergangen zu haben. Der Paragraf bedroht mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, Beamte, Ärzte oder andere Medizinalpersonen, welche in Gefängnissen oder in öffentlichen zur Pflege von Kranken, Armen oder anderen Hilfslosen bestimmten Anstalten beschäftigt oder angestellt sind, wenn sie mit den in das Gefängnis oder in die Anstalt aufgenommenen Personen unzüchtige Handlungen vornehmen, Verhandlung und Urteilsverkündung erdolchen in nicht öffentlicher Sitzung. Das öffentlich verkündete Urteil lautete wegen Sittenverbrechens in neun Fällen, unter Mißbrauch der Dienstgewalt auf ein Jahr und neun Monate Gefängnis, vier Jahre Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere.

Verurteilter Verleumbler. Wegen Beleidigung des Professors Schütting und Dr. Breitscheid erhielt der verantwortliche Redakteur der „Westlichen Landeszeitung“, Gustav Wünschmann vom Schöffengericht in Frankfurt a. M. eine Woche Gefängnis. Er hatte in seinem konservativen Organ nach einer linksliberalen Versammlung die beiden Redner der Verleumdung, Fälschung und Demunziation beschuldigt.

Aus einer kleinen Garnison. Vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Griurt standen die Leutnants v. Kurozack (Infanterieregiment Nr. 56 in Bielefeld), Wille und Rosenow (Infanterieregiment Nr. 71 in Sonderhausen). Sie haben nach einem Liebesmale ihrem erwachten Landdrange dadurch Ausbruch zu geben versucht, daß sie vor dem Kasino allerlei Fechterkunststücke ausführten. Dabei rempelte der Leutnant v. Kurozack zwei vorübergehende junge Mädchen an. Als sie sich das verbat, erschien das dem Leutnant mit dem russischen Namen nur als eine erwünschte Gelegenheit, sich einen „Nil“ mit den Damen zu leisten. Er machte sich unter allerlei Redensarten an deren Seite, war trotz allen Protestes nicht fortzubringen. Schließlich verlor er, die eine der beiden um die Taille zu fassen. Die übrigen beiden Leutnants waren indessen auch herangezogen und einer von ihnen soll den v. K. in heftiger Weise gegen die beiden Mädchen gestoßen haben. Das Trifolium folgte nun den beiden Mädchen bis zu deren nahegelegenen Wohnung, wo sich ihnen nochmals v. K. in der Haustür entgegenstellte, doch mußte er von weiteren Belästigungen ablassen, da ein Verwandter des Mädchens auf deren Klingeln hinzukam. Das Gericht sah die Sache als belanglos an. Wille und Rosenow wurden freigesprochen und nur v. Kurozack erhielt — 50 Mk. Geldstrafe.

Ein Eisenbahnunglück aus Sparankheitsgründen. Am Abend des 24. November ereignete sich in der Station Gernersheim ein Eisenbahnunglück, bei dem der dreijährige Wagenwärter Jüngere von Queichheim sein Leben lassen mußte. Der Lokomotivführer und der Heizer des aufzufahrenden Güterzuges konnten ihr Leben nur durch gewagtes Abspringen von der Maschine retten. Dieses Unglück herbeigeführt zu haben, wird der 64 Jahre alte Stellwerkswärter Johannes Wingerter von Angenschuld beschuldigt, der sich dieserhalb vor der Strafkammer in Landau zu verantworten hatte. Wingerter hatte eine falsche Weiche gezogen, infolgedessen fuhr ein von Landau kommender Güterzug nicht in das richtige Geleise ein, sondern rannte auf einen auf einem anderen Geleise stehenden Güterzug. Wingerter entschuldigt sein Versehen mit dem schweren Dienstden er allein zu verfehlen hatte. Lange Zeit vor dem Unfall sei er vorstellig geworden, ihm einen Erlaß man beizugeben, aber niemals sei dem Gehör geschenkt worden. Erst nachdem das Unglück geschehen, sei die ersehnte Erlaßkraft eingetroffen. In Anbetracht dieses Umstandes kam die Strafkammer zu einem milden Urteil. Sie verurteilte den Wingerter zu acht Tagen Gefängnis und ersuchte ihn, an mangelnder Stelle ein Gnadengesuch einzureichen.

Beim Fechten tödlich verunglückt. Mit einem überaus tragischen Fall hatte sich die Strafkammer des Landgerichts Zwickau zu befassen. Angeklagt war der Student der dortigen Ingenieurschule Peter Madatow, dem zur Last gelegt wurde, seinen Freund Zwanow am 31. Dezember v. J. bei einer Floretübung erstochen zu haben. Der Angeklagte gab bei seiner Vernehmung an, sein Freund Zwanow sei an dem genannten Tage sehr traurig gewesen, da er einen Brief mit schlechten Nachrichten aus der Heimat erhalten habe. Zwanow sei überhaupt an dem Tage sehr trübinnig veranlagt gewesen und habe sich viel mit dem Thema Selbstmord beschäftigt. An dem genannten Tage habe Zwanow ihn besucht und sie hätten etwa 10 Minuten lang gefochten, da habe er, Madatow, einen Ausfall gemacht und den Freund getroffen. Zuerst sei er der Ansicht gewesen, als er den Freund stürzen gesehen, dieser mache einen Schwereball aber habe er einsehen müssen, daß der Stoß ganz gefährlich gewesen sei. Der Abstand zwischen den einzelnen Fechtzügen sei so groß gewesen, daß er annehme, daß Zwanow freiwillig in die Klinge hineingefallen sei, um Selbstmord zu begehen, denn er habe nicht nur zu ihm, sondern auch zu anderen russischen Freunden Selbstmordgedanken geäußert. Die Entfernungen der beiden Fechtenden sei so weit gewesen, daß sich nur die Spitzen der Klinge berührten; dabei seien dann Ausfälle gemacht worden. Da an jenem Tage die Sicherheitspropfen nicht auf der Rappier Spitze befestigt gewesen seien, habe er sich auch etwas weiter als sonst von Zwanow aufgestellt. Es sei ausgemacht gewesen, daß wenn der eine einen Ausfall mache, der andere keinen Ausfall machen dürfe. Er glaube fest, daß Zwanow mit Absicht einen gleichzeitigen Ausfall gemacht habe. Der ärztliche Sachverständige gab an, daß bei dem Getöteten eine sehr kleine Stichwunde

...wischen der zweiten und dritten Rippe vorhanden war und über der Stiche die große Schlagader des Herzens getroffen war. Der Herzbeutel sei mit Blut gefüllt gewesen. Die Waffe sei mindestens 10 Zentimeter tief in den Körper eingedrungen. Die vernommenen Zeugen bestätigten, daß der Verletzte sehr tiefenmütig und schwermütig gewesen sei und öfters Selbstmordgedanken geäußert habe. Verschiedene persönliche Briefe des Zwanzig bestätigten diese Angaben. Der Gerichtshof hielt grobe Unvorsichtigkeit des Angeklagten für vorliegend, billigte ihm aber weitgehendste mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

**Unschuldig verurteilt.** Über ein interessantes Wiederholungsverfahren berichtet die „N. N.“: Das Schwurgericht in Augsburg hat am 5. November 1907 den Gastwirt Karl Luz und den Wänerin Christ. Köppler, beide in Ditzingen, a. G. Treuchlingen, wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sie sollten nach Angabe der Anklagebehörde nicht nur in der Nacht auf den 2. März 1907 218 dem Fürsten v. Brede gehörige Pappelbäumchen abgeschnitten und sonstige Rohetten verläßt, sondern auch einen sog. Hektometerstein aus dem Bahndamm gerissen, ihn quer über die Schienen, nahe bei der Station Ellingen, gelegt haben, so daß der bald darauf vorbeifahrende Schnellzug Nürnberg-München nur durch einen glücklichen Zufall vor einem Unglück behütet wurde. Beide Angeklagte beteuerten auch nach ihrer Verurteilung ihre Unschuld und ließen durch einen Augsburger Anwalt Wiederaufnahme des Verfahrens einleiten. Dieses Verfahren wurde bewilligt und durchgeführt. Es ergab, daß in der Hauptverhandlung gewisse Umstände zumungunsten der Angeklagten angenommen wurden, während in Wirklichkeit sie sich anders verhielten. Das Überraschendste bestand aber darin, daß, während bis zur Schwurgerichtsverhandlung eine andere Spur der Täterschaft nicht zu entdecken war, jetzt ein Aufklärung mit höchst romantischem Anstrich sich bot. Am 20. August 1907 wurde auf der Straße bei Schwabach der Tagelöhner Mich. Kessler, als er sich mit anderen auf der Wanderschaft befand, durch einen Schuß lebensgefährlich verletzt. Er wurde sofort gerichtlich auf Eid vernommen und erklärte, er könne über den Täter keine Auskunft geben, jedenfalls aber habe der mit ihm wandernde Schraubendreher Johann Nieberlein ihm nichts zu leide getan, der Schuß sei aus einer ganz anderen Richtung abgegeben worden. Kessler starb darauf, und man nahm einen Unglücksfall an. Bald nachher aber stellte sich, von Gewissensqualen gequält, Nieberlein der Staatsanwaltschaft in Nürnberg mit der Selbstanzeige, daß er den Kessler erschossen habe. Man wollte dies anfangs mit Rücksicht auf die eidliche Aussage des Verletzten nicht glauben, allein Nieberlein gab an, Kessler habe offenbar an sein baldiges Ende nicht geglaubt und falsche Angaben aus Furcht davor gemacht, daß auch er (Nieberlein) dann mit dem Herausrücken werde, was Kessler ihm anvertraut habe. Dieser habe nämlich ihm u. a. angegeben, er habe in Ellingen, wo er früher bedientet und aus dem Dienst getreten war, in einer Nacht dem Fürsten Brede über 200 Bäume abgeschnitten und Steine auf die Schienen gelegt. Die Untersuchung hat nun die Richtigkeit dieses Geständnisses ergeben und natürlich wesentlich dazu beigetragen, daß die erste Strafkammer am Landgericht Augsburg mit Urteil vom 8. Januar 1908 ohne Erneuerung der Hauptverhandlung beide Angeklagte Luz und Köppler freisprach und die Kosten des ganzen Verfahrens der Staatskasse aufbürdete, auch die Veröffentlichung und Freisprechung im „Reichsanzeiger“ anordnete.

## Der Weltverkehr zur See 1888 und 1905.

Das hervorragende Interesse Englands an der Bewegung des Weltverkehrs zur See bewirkte, daß früher diese Frage von der englischen Statistik, der Board of Trade-Berichte an das Unterhaus (in den Blaubüchern) behandelt wurde zu dem Zwecke, den Verkehr der englischen Flagge in den fremden Staaten darzustellen. Die einzige existierende Darstellung des Weltverkehrs zur See ist von dem norwegischen Statistischen Bureau zuletzt für das Jahr 1888 bearbeitet worden und danach von keiner weiteren Seite fortgeführt worden. In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik hat F. Landau Oktober 1902 eine wohl erschöpfende Berücksichtigung aller Faktoren unter dem Titel „Kreedereien und Ausnutzung des Schiffsmaterials im Seeverkehr in den verschiedenen Staaten“ erscheinen lassen. Neuerdings hat er die letzten Daten nach den offiziellen Angaben zusammengestellt, wonach sich der internationale Verkehr zur See zu Handelszwecken wie folgt stellt. Die angekommenen Schiffe mit Ladung und in Ballast hatten folgenden Registertonnengehalt in 1000 Registertonnen:

	1888	1905	1888=100 dann 1905=
Großbritannien . . . . .	37 249	48 332	130
Frankreich . . . . .	15 450	21 887	142
Bereinigte Staaten von Amerika . . . . .	13 363	30 933	232
Spanien . . . . .	11 974	15 760	132
Deutschland . . . . .	9 442	19 130	203
Rußland . . . . .	7 413	11 375	153
Italien . . . . .	7 373	12 722	173
Niederlande . . . . .	5 333	11 741	218
Schweden . . . . .	5 022	0 113	181
Belgien . . . . .	4 913	11 615	236
Portugal . . . . .	3 643	14 043	390
Dänemark . . . . .	3 534	3 537	98,6
Osterreich-Ungarn . . . . .	2 825	3 392	120
Norwegen . . . . .	2 348	3 973	173
Japan . . . . .	1 486	14 373	967

An der Spitze stand und steht immer noch Großbritannien, das alle anderen Länder weit hinter sich läßt. Die Reihenfolge nach Größe des Verkehrs hat sich seit 1888 kaum verschoben. Frankreich ist von den Vereinigten Staaten überflügelt worden, Spanien von Deutschland, Rußland von Italien, den Niederlanden, Belgien, Portugal, Japan usw. Der Gesamtverkehr zur See war bei diesen 15 Staaten im Jahre 1888: 131 321 000 Registertonnen, 1905 dagegen 231 790 000 Registertonnen. Die Zunahme beträgt somit 100 469 000 Registertonnen, das ist 76,5 Prozent. Wie äußerst verschieden die Zunahme bei den einzelnen Staaten gefallene, ist am besten aus der letzten Spalte der obigen kleinen Zusammenstellung zu ersehen. Gegenüber 100 im Jahre 1888 stellte sich der Verkehr im Jahre 1905 in Großbritannien zum Beispiel auf 130. Bei Dänemark finden wir eine Abnahme von 6,4 Prozent. Weitere sieben Staaten haben die durchschnittliche Zunahme (für alle Staaten zusammen) von 76,5

Proz. garnicht erreicht, so daß mehr als die Hälfte aller Staaten in ihrem Verkehr verhältnismäßig eine Einbuße erfahren haben. Der Verkehr Großbritanniens ist in diesem Zeitraum um 46,75 Proz. zurückgegangen. Frankreich ist um 34,85 Proz. im Nachteil. Selbstverständlich kann man von einem großen Staate nicht erwarten, daß er seinen Verkehr in demselben Maße erweitert wie ein kleiner, der seinen Kleinbetrieb um ein paar hundert Prozent vergrößern kann, ohne daß diese Zunahme in Wirklichkeit gering sein kann und ohne gegen ganz große Betriebe überhaupt nennenswert in Betracht zu kommen braucht. Die Bedeutung der sehr großen Betriebe wird davon nur sehr wenig berührt, sie behalten im Weltverkehr ihre Bedeutung fast ungeschmälert bei. Das kann man am besten aus einer Aufstellung sehen, welche die Anteile der einzelnen Staaten am Weltverkehr angibt. Der Weltverkehr zur See stellte sich nach Prozenten in den Jahren 1888 und 1905:

	1888 Proz.	1905 Proz.	1905 gegen 1888 + mehr, — weniger
Großbritannien . . . . .	28,4	20,85	— 7,5
Frankreich . . . . .	11,8	9,4	— 2,3
Bereinigte Staaten 10,2	13,4	+ 3,2	
Spanien . . . . .	9,1	6,8	— 2,3
Deutschland . . . . .	7,2	8,3	+ 1,1
Rußland . . . . .	5,6	4,9	— 0,7
Italien . . . . .	5,6	5,5	— 0,1
Niederlande . . . . .	4,1	5,1	+ 1,0
Schweden . . . . .	3,8	3,9	+ 0,1
Belgien . . . . .	3,7	5,0	+ 1,3
Portugal . . . . .	2,7	6,1	+ 3,3
Dänemark . . . . .	2,7	1,4	— 1,3
Osterreich-Ungarn . . . . .	2,2	1,5	— 0,7
Norwegen . . . . .	1,8	1,7	— 0,1
Japan . . . . .	1,1	6,2	+ 5,1

Die Verschiebungen im Weltverkehr zeigen 15,02 Proz. Von diesen finden wir allein bei Großbritannien ein Minus von 7,51 Proz., d. i. 50 Proz. der Gesamtverschiebung. Bei Frankreich finden wir 2,33 Proz., bei Spanien 2,32 Prozent. In Dänemark hat in diesem Zeitraum der Seeverkehr verhältnismäßig um fast die Hälfte abgenommen. Japan hat dagegen durch seine Modernisierung, d. i. Industrialisierung, einen gemaltigen Ruck nach vorne gemacht, indem seine Beteiligung am Weltverkehr die größte Zunahme aufweist. Auch Portugal hat seinen Seeverkehr äußerst günstig entwickelt. Von den Großstaaten im vollsten Sinne finden wir nur die Vereinigten Staaten und Deutschland, die eine Zunahme des Verkehrs zur See in ihren Häfen aufweisen. Der absolute Zunahme nach steht Großbritannien noch immer an der Spitze, was bei dem Umfang dieses Verkehrs schon etwas heißen will. Sein Gesamtanteil am Weltverkehr zur See betrug früher fast  $\frac{3}{10}$ ; jetzt beherrscht es noch immer über  $\frac{1}{3}$  desselben.

## Aus Nah und Fern.

**In die Kesseln gesetzt!** Eine harmlose Kaiser-Geburtstagsfeier im Hotel Burghof in Wiesbaden hat nach der „Frankfurter Zeitung“ Anlaß zu einem neuen polizeilichen Mißgriff gegeben. Zwölf Stammgäste des Hotels, Herren der besten bürgerlichen Kreise, feierten Kaisers Geburtstag durch ein kleines Festessen, von dem aus auch eine Gratulationsdepesche nach Berlin gelangt wurde. Bei der Feier wurden einige Lieder mit Klavierbegleitung gesungen. Im Hotel erschienen bald zwei und später 4 Schulkente, die in barscher Art der Gesellschaft den Gesang verboten. Da man trotzdem meinte, in angemessener Weise weiter singen zu dürfen, tauchte plötzlich ein Schutzmannaufgebot von 8 Mann unter Führung eines Wachtmeisters auf, um die Herren zu notieren. Den mit „Kerl“ titulierten Wirt hätte man am liebsten gleich mitgenommen. Dabei entstand ein solcher Lärm, daß vor dem Hause, das übrigens noch durch ein Aufgebot von sechs weiteren Schulkenten umzingelt wurde, eine riesige Menschenmenge sich ansammelte, die ein schweres Verbrechen vermutete. Nachdem die Polizei ihre Pflicht getan hatte, zog sie unter der Heiterkeit der Menge wieder ab. — Die Affäre wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben — Allem Anschein nach ist der polizeiliche Eingriff auf ein schlechtes musikalisches Gehör der Beamten zurückzuführen, wodurch sie „Heil dir im Siegerkranz“ nicht von „auführerischen Liedern“ unterscheiden konnten.

**Ein schweres Automobilunglück** ereignete sich am Donnerstagabend 6 Uhr auf der Berliner Chaussee in der Nähe des Ritterguts Altenheim. Hier Breslauer Bürger, die mit einem Automobil, das angekauft werden sollte, eine Probefahrt nach Deutsch-Wissa unternahmen, stießen mit einem entgegenkommenden, mit Bauholz beladenen Lastwagen zusammen. Das Auto wurde zertrümmert und die Insassen in weitem Bogen herausgeschleudert. Ein Wäckermeister ist tot und die anderen Insassen wurden schwer verletzt; nur der Chauffeur kam unverletzt davon.

**Sturmjähre und Gewitter.** Wie berichtet wird, sind infolge der Stürme die Telegraphenverbindungen nach West- und Südwestdeutschland, nach Frankreich, Belgien, Holland, England und Italien in erheblichem Umfange gestört. Die Telegramme erleiden Verzögerungen.

**Selbstmord eines Ehepaars.** In Stargard verübten der Stadioerordnete und Gärtnerbesitzer Borg und seine Ehefrau durch Vergiftung Selbstmord. Borg war bis vor einem halben Jahre Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stargarder Bank. Die Tat dürfte mit einer gegen ihn anhängig gemachten Entschädigungsklage im Zusammenhang stehen.

**Carre Rede aber sei . . .** Pfarrer Lang-Heckenbeck ist unter dem Verdacht der Verleitung zum Meineide in einer Untersuchung gegen den Absender anonymen Briefe verhaftet worden.

## Allerlei Wissenswertes.

**Haltung der Eltern für ihre Kinder.** Schadenzufügungen durch Minderjährige (z. B. das Einwerfen einer Fensterscheibe) ziehen je nach dem Alter des Schädigenden eine verschiedene rechtliche Ersatzpflicht nach sich. Ist der Minderjährige noch nicht sieben Jahre alt, so ist er für den von ihm angerichteten Schaden zivilrechtlich nicht verantwortlich. Wohl aber haftet für den von dem Kleinen angerichteten Schaden: wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über ihn verpflichtet ist (also in erster Reihe die Eltern), weil und sofern er die ihm obliegende Aufsichtspflicht vernachlässigt hat. Dieselbe Pflicht trifft die Eltern zivilrechtlich bei durch Kinder zwischen 7 und

18 Jahren angerichteten Schäden. Aberdies müssen Kinder dieses Alters für den von ihnen angerichteten Schaden selbst haften, wenn sie die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit ihrer schädigenden Handlung erforderliche Einsicht hatten. Ob Eltern ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt hatten, ist eine vom Richter zu beantwortende Tatfrage im Einzelfall. Vor kurzem hat das Reichsgericht eine gegen Eltern angestrebte Klage zu deren Gunsten entschieden. Der Klage lag ein bedauerlicher Unfall zugrunde, der sich am 4. Juni 1905 in Berlin dadurch ereignete, daß der mit einem Leibling spielende 15 jährige Sohn der Väter's-frau B. eine achtjährige Schulfameradin durch einen Schuß in den Kopf verletzte. Die Kugel war durch das Kleinhirn gedrungen und an der anderen Seite des Schädels sitzen geblieben. Dies hatte bei der Verletzten Sprach- und Gehstörungen zur Folge, wofür sie den B. und dessen Mutter auf Schadloshaltung in Anspruch nimmt. Die Klägerin fordert außer Schadloshaltung für den ihr erwachsenen Schaden noch ein Schmerzensgeld in Höhe von 1000 Mark. Das Landgericht Berlin erkannte die Schadenersatzansprüche der Klägerin dem Grunde nach für gerechtfertigt an und verurteilte den B. und dessen Mutter auch zur Zahlung der geforderten 1000 Mk. Schmerzensgeld. Die Mutter habe ihre Aufsichtspflicht infoweit verletzt, als sie dem Knaben, der mit Knallbüchsen zu spielen gewohnt war und damit schon andere Kinder bedroht hatte, dies nicht untersagt und ihn in dieser Beziehung nicht genügend beaufsichtigt habe. Auf die Berufung der Beklagten wurde das Urteil des Landgerichts vom Kammergericht zu Berlin nur in bezug auf den minderjährigen B. bestätigt, dagegen die gegen Frau B. auf Grund der Beaufsichtigungspflicht gerichteten Ansprüche abgewiesen. Das Kammergericht stellte fest, daß der Knabe bisher nur mit ungefähren Knallbüchsen, die mit Papier geladen waren, gespielt habe, die beklagte Mutter aber nicht habe wissen können, daß er an dem Unfallstage sich ein Leibling zulegte würde. Darin, daß sie den Knaben habe lange umherlaufen lassen, anstatt ihn zu beschäftigen, liege eine Vernachlässigung der Aufsichtspflicht nicht. Die von der Klägerin gegen das Kammergerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom 5. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen. Das Reichsgericht führte aus, daß eine Haftpflicht der Frau schon deshalb nicht eintreten könne, weil auch bei gehöriger Aufsicht dieser Schaden nicht vermieden wäre. Daß an einem Sonntagmittag der Knabe beim Ausgehen sich mit seinen Kameraden ein Pistol kaufen und, ehe er nach Hause kommt, auf ein Mädchen schleichen werde, habe die beklagte Mutter beim besten Willen nicht verhindern können. Wenn der Junge bisher oft mit Knallspielzeug umgegangen sei, so sei das etwas ganz anderes und die Beklagte könne deshalb nicht wegen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht verantwortlich gemacht werden.

## Letzte Nachrichten.

**Bremen.** Die Rettungsstation Cuxhaven der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 30. Januar wurden von dem auf Großvogelssand getrandeten und wrack gewordenen schwedischen Dampfer „Tyr“, mit Steinkohlen von Emden nach Neufahrwasser bestimmt, 15 Personen durch das Rettungsboot des dritten Gbleuchtschiffes gerettet.

**Köln.** 2. Februar. Einzelne mittelrheinische Bezirke wurden in der verfloffenen Nacht von starken Schneeverwehungen heimgesucht, die im Bahnverkehr große Störungen hervorbrachten. Infolge des Eisganges wurde die Brücke bei dem Orte Michelau völlig zerstört. Die Bahn führt Hochwasser und überfließt die weiten Niederungen. Gestern führte der reisende Fluß vier verendete Rehe mit sich. Auch die Uhr, nahe Sieg, führt Hochwasser. Für die einzelnen gefährdeten Flecken wurde militärische Hilfe erbeten.

**Chabarowsk.** 2. Februar. 130 Werk von Chabarowsk wurde im Waldebsicht der Ortsälteste mit einer verwandten Familie, zusammen fünf Männer, sieben Frauen und fünf Kinder ermordet. Es wurden 18 000 Rubel in Gold und Wertpapieren geraubt.

**Tiflis.** 2. Februar. In der Stadt Gori wurde bei einer Hausdurchsuchung eine Fabrik von Kreditbilletten, fünfhundertrubelscheinen und Hundertrubelscheinen aufgedeckt. Es wurden für hunderttausend Rubel solcher falschen Kreditbilletten beschlagnahmt und festgestellt, daß viele Billette bereits im Umlauf sind.

**New-York.** 1. Februar. Das Urteil der Geschworenen in dem Prozeß gegen Harry Thaw, den Mörder von Standford White, lautet auf Nichtschuldig wegen Geisteskrankheit! Der Gerichtshof erkannte gegen Thaw auf Überweisung an das Matteawan Asyl für geistesranke Verbrecher auf unbestimmte Zeit, da seine Freilassung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde. Die Geschworenen einigten sich auf ihren Bauspruch nach 25stündiger Beratung und 14 Abstimmungen.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 1. Februar.**  
Bauern-Butter Wfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Wfd. 1,40—1,45 Mk., Hasen 3,50—4,20 Mk., Enten 3,80—4,30 Mk., Hühner 1,80—2,60 Mk., Küken Etc. — 2,00 Mk., Lauben Stück 0,60 Mk., Gänse Wfd. 80 Wfd., Nüchans 2 Wfd., Schinken Wfd. 85—95 Wfd., Schweinestopf Wfd. 45 Wfd., Wurst Wfd. 1,20 Mk., Eier 6 und 7 Stk. 60 Wfd., Springe 10 10 Wfd., Dorsche genüg., Süßwasserlische genüg., Karpfen Wfd. 1 Wfd., Geräuch. Vachs Wfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Wfd. 1,40—1,60, Brachsen Wfd. 60—70 Wfd., Sechse Wfd. 70 Wfd., Barsche Wfd. 70—80 Wfd., Aal Wfd. — 100 Wfd., Karauschen Wfd. 80 Wfd., Gemüse genüg., Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Wfd. — Mk., Gurken 100 Wfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Wfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Wfd. — Mk., Pfäumen, pr. 100 Wfd. — Mk., Kirschen Wfd. — Wfd., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Wfd., Kartoffeln beste, 100 Wfd. — Mk.

**Getreidepreise.** Lübeck, 1. Februar.  
Weizen, 115—127 Wfd. holl. 190—212 Mk. Roggen 114—123 Wfd. holl. 185—195 Mk. Hafer nach Qualität 140—163 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

**Stierhauz-Viehmarkt** 1. Februar.  
Der Schweinehandel verlief lebhaft. Zuführt wurden 1704 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verändschweine schwere 53—54 Mk., leichte 52—53, Mk., Sauen 47—52 Mk., und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.